

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Preis-Anzeigen
für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 30 A.

Die berufsgenossenschaftliche Unfallverhütung.

I.

Die zur Prüfung des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung in Frage kommende Reichstagskommission wird im September in die Beratung der Gewerbe-Unfallversicherung eintreten, wobei auch das wichtige Kapitel der Unfallverhütung behandelt werden wird. In einer gesunden Regelung dieses Teiles der Sozialgesetzgebung hat die Arbeiterschaft ein großes Interesse und verdient deshalb eine eingehende Würdigung. Das ist um so mehr notwendig, da sich bei der öffentlichen Erörterung dieser Frage gezeigt hat, daß die berufsgenossenschaftliche Unfallverhütung für einen Teil der Sozialpolitiker ein „Rührmichnichtan“ ist. Nachdem sich die Berufsgenossenschaften ein Vierteljahrhundert „unfallverhütend“ betätigt haben, kann unseres Erachtens nun wohl ohne Reserve die Frage aufgeworfen und erörtert werden, ob es für den Arbeiterschutz förderlich wäre, wenn dem Berufsgenossenschaften die Wahrnehmung der Unfallverhütung entzogen würde. Die folgenden Ausführungen werden zu dieser Frage einen Beitrag liefern.

Auf Grund des alten Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 sind die Genossenschaften „befugt“, für den Umfang des Genossenschaftsbezirks oder für bestimmte Industriezweige oder Betriebsarten oder bestimmte abzugrenzende Bezirke Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen (§ 78). Außerdem sind die Genossenschaften auch befugt, durch Beauftragung die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen usw. (§ 82). Im weiteren verlangt das Gesetz, daß zur Beratung und Beschlussfassung der Genossenschafts- und Sektionsvorstände über diese Vorschriften Vertreter der Arbeiter hinzuzuziehen sind (§ 79). Diese Bestimmungen geben allezeit, auch für die fortgeschrittene Arbeiterschaft, Ursache zu großen Erwartungen. Die Erwartungen hatten insofern eine Berechtigung, als hier den Praktikern mit ziemlicher Unabhängigkeit von dem schleppenden Geschäftsgang der behördlichen Bürokratie die Möglichkeit zu einer gezielten Arbeit gegeben wurde. Dazu kam, daß die materiellen Interessen der Berufsgenossenschaften eine energische Wahrnehmung der Unfallverhütung erheischen. Diese Folgerung erhielt auch eine weitere Unterstützung durch die Auslassungen der berufsgenossenschaftlichen Organe, wonach die Unfallverhütung als die vornehmste Aufgabe der Berufsgenossenschaften zu betrachten sei. Erklärte doch Herr Felsch in einer Entgegnung auf Klagen über den vernachlässigten Arbeiterschutz bei den Baugewerksberufsgenossenschaften 1904 im preussischen Abgeordnetenhaus: „Das eine steht fest: das Beste, was es gibt, in der sozialen Gesetzgebung, ist, daß wir eine immer bessere, eine ausgeglichene Arbeiterfürsorge auch in bezug auf den persönlichen Schutz einführen. Das wird nicht bloß den Baugewerksberufsgenossenschaften zum Segen gereichen — denn sie werden dann weniger zu bezahlen haben —; aber meine Herren, auch noch von einem andern, von einem ethischen Gesichtspunkte aus: es ist Christenpflicht, daß wir das tun.“

Den Arbeitern wurde aber bald begrifflich gemacht, daß die in den Berufsgenossenschaften zum Zwecke der Unfallrentenentscheidungen zwangsweise organisierten Unternehmer trotz aller Christenpflicht mit dem Arbeiterschutz keine allzu große Eile, und hier auch gar nicht die Absicht hatten, von den durch das Gesetz gegebenen Befugnissen einen weitgehenden Gebrauch zu machen. Die öffentlichen Auslassungen der berufsgenossenschaftlichen Bürokratie über den Wert und die Bedeutung der Unfallverhütung fanden eben im schroffen Widerspruch zu den Interessen der übergroßen Zahl der Mitglieder dieser Unternehmern.

zwangsorganisationen. Daß die Berufsgenossenschaften die Unternehmer zur Organisation erzo-gen resp. die vorbildliche Grundlage zu den Unternehmerorganisationen gegeben haben, ist nur von einzelnen begriffen, im übrigen aber in den jetzigen Unternehmerrreisen längst vergessen. Der Gedankengang der Unternehmer wird von ganz andern Gesichtspunkten geleitet; sie fragen: Was verlangt die Berufsgenossenschaft von uns und was bietet sie uns als Gegenleistung?

Den Unternehmern sind die Berufsgenossenschaften im Laufe der Zeit immer lästiger geworden; für sie wog das bisherige „Selbstversicherung“ nicht die zu zahlenden Beiträge auf. Hierzu kommt noch, daß die Berufsgenossenschaft von den Unternehmern eine geordnete Verwaltung, Lohnnachweisungen, Lohnlisten usw. verlangt. Der Vorstand der Berufsgenossenschaft hat ein Recht, den Betrieb des Unternehmers kontrollieren zu lassen und die Abstellung bestimmter Mängel zu fordern. Das alles ist dazu angetan, den Unternehmern die Berufsgenossenschaft verhaßt zu machen und davon sind die Vorstände der Berufsgenossenschaften und die regierenden Kreise sehr gut unterrichtet.

Nur langsam entschlossen sich die Genossenschaften zur Herausgabe von Unfallverhütungsvorschriften. Nach dem Bericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1894, hatten von den 59 gewerblichen Berufsgenossenschaften 6, also über 10 pSt., noch keine Unfallverhütungsvorschriften. 1899, also kurz vor dem Erlaß des abgeänderten Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900, hatten von 60 gewerblichen Berufsgenossenschaften noch 3 keine derartigen Vorschriften. Noch trauriger lagen die Dinge bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Abgesehen von dem ungenügenden Inhalt der erlassenen Vorschriften, erweist sich die berufsgenossenschaftliche Ueberwachung der Betriebe und Betriebsstätten immer mehr als unzureichend. Nach den Rechnungsergebnissen für 1899 hatten von den insgesamt 65 gewerblichen Berufsgenossenschaften 53 mit 409 790 Betrieben und 6 110 854 versicherten Personen 224 Beauftragte eingestellt; bei 12 Berufsgenossenschaften mit 55 764 Betrieben und 547 717 versicherten Personen wurde die Tätigkeit von Beauftragten nicht für nötig gehalten. Um den „Arbeiterkontrolluren“ aus dem Wege zu gehen, bemühen sich zurzeit die Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der technischen Ueberwachung etwas zu leisten; aber bei alledem wird in den Jahresberichten konstatiert, daß unter besonders günstigen Umständen nur 75 bis 80 pSt. der Betriebe einmal im Jahr revidiert oder kontrolliert worden sind. Berufsgenossenschaften, die sämtliche Betriebe einmal im Jahre als kontrolliert verzeichnen, werden von der Reichsregierung als vorbildlich angesehen! Im Jahre 1904 forderte der Staatssekretär v. Hofadomsky im Reichstage, daß die Berufsgenossenschaften für je 1000 Betriebe einen technischen Aufsichtsbeamten anstellen sollen, um-so die Möglichkeit zu schaffen, sämtliche Betriebe einmal im Jahre zu kontrollieren. Eine wirkliche Bedeutung für den Arbeiterschutz ist dieser einmaligen Betriebskontrolle nicht beizumessen. In den amtlichen Kreisen weiß man sehr gut, daß besonders bei gefährlichen und unständigen Betrieben und Arbeitsstätten, wie im Bergbau, im Baugewerbe, in den Steinbrüchen und einzelnen Industriebetrieben, nicht jährlich einmal, sondern wöchentlich wiederholt, unter Umständen sogar eine wiederholt tägliche amtliche Betriebsrevision geboten ist. In dem Runderlaß des Staatsministers v. Freitenbach, betreffend die Ueberwachung der Bauten zur Wahrnehmung des Arbeiterschutzes vom 22. März d. J., heißt es unter andern: „In welchen Zwischenräumen die eusepsterminliche Ueberwachung der größeren Bauausführungen zu betreiben

ist, richtet sich nach den örtlichen Bedürfnissen und der Zuverlässigkeit der Unternehmer. Im allgemeinen wird eine wöchentlich einmalige Besichtigung des Baues genügen, aber auch notwendig sein.“

Wie weit die Berufsgenossenschaften nach fünfundzwanzigjährigem Bestehen davon entfernt sind, den Forderungen der preussischen Regierung und der so sehr beschleunigten Forderung der Reichsregierung Rechnung zu tragen, das zeigen auch die Rechnungsergebnisse der gewerblichen Berufsgenossenschaften für 1907 und 1908:

	1907	1908
Betriebe insgesamt	673118	696824
Beschäftete Personen	9018367	8917772
Angestellte technische Aufsichtsbeamte	298	315
Gesorberrichte technische Aufsichtsbeamte	678	696

Zu der Zahl der angestellten Aufsichtsbeamten für 1908 ist noch zu beachten, daß davon 111 auf die Baugewerks-Berufsgenossenschaften und 42 auf die Seeberufsgenossenschaft entfallen. Interessant ist jedenfalls weiter, wenn amtlicherseits für 1908 konstatiert wird, daß von den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften noch 4 zu verzeichnen waren, die überhaupt keine technischen Aufsichtsbeamten angestellt hatten.

Die berufsgenossenschaftliche Unfallverhütung hat Flastigkeit gemacht; das konnte auch durch das abgeänderte Unfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900 mit seinen erweiterten Bestimmungen (unter den §§ 112 bis 119) nicht verhindert werden. Was will es besagen, wenn hier bestimmt wird: „Die Genossenschaften (sind befugt und) können im Aufschwungsweg erhalten werden, Vorschriften zu erlassen (§ 112)“, „Befugt“ und „können“ sind ja bekanntlich äußerst definierbare Begriffe. Nichts ist darin gesagt über den Inhalt der Vorschriften, und ebenso wenig ist gesagt, nach welchem Zeitraum diese wieder einer Revision unterliegen müssen. Auch die Erweiterung der Vorschriften zur Ueberwachung der Betriebe: „Die Genossenschaften sind verpflichtet, für die Durchführung der erlassenen Vorschriften Sorge zu tragen“, war, wie die Erfahrungen nun auch gelehrt haben, nur von sehr zweifelhaftem Werte. Daß die Berufsgenossenschaften neben den technischen Aufsichtsbeamten „nun auch ferner befugt sind, durch Rechnungsbeamte die Geschäftsbücher und Listen der Unternehmer einzusehen zu lassen“ und daß „die Funktionen des Aufsichtsbeamten und des Rechnungsbeamten in einer Person vereinigt werden können“, war keine Neuerung und nur dazu angetan, die Befugnisse der berufsgenossenschaftlichen Ueberwachungstätigkeit weiter zu fördern (§ 119). Viel wertvoller wäre es gewesen, für den technischen Aufsichtsdienst Grundzüge festzulegen. Aber hier wird nichts bestimmt über die verhältnismäßige Zahl der anzustellenden Aufsichtsbeamten und in welcher Art und in welchem Zeitraum die Ueberwachung der Betriebe vor sich gehen soll.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1909.

III.

Die Girsch-Dunderschen Gewerkschaften eine verzeichnen für 1909 einen Mitgliederbestand von 108 028 gegenüber 105 633 im Jahre 1908, somit einen Zuwachs von 2395. Die Mitgliederzahl der meisten Gewerkschaften ist so gering, daß kaum mit diesen Organen

fationen gerechnet werden kann. Welche Bedeutung kann man einer Organisation der Bauarbeiter mit 830, oder der Bergarbeiter mit 2405, oder der Textilarbeiter mit 7036 Mitgliedern beilegen! Nur wenige Gewerkschaften haben eine nennenswerte Anzahl Mitglieder. Auf die Gewerkschaften in den einzelnen Berufen entfielen 1909 Mitglieder:

Bauhauwerfer 830 (+ 62), Bergarbeiter 2405 (+ 341), Bildhauer 275 (+ 41), Brauer 970 (+ 51), Eisenbahner 1100 (+ 980), Fabrik- und Handarbeiter 15 597 (+ 341), Gärtner — (+ 70), Gemeindearbeiter 1344 (+ 155), Graphische Berufe und Maler 1339 (+ 369), Handelshilfsarbeiter — (+ 164), Holzarbeiter 5822 (+ 357), Kaufleute 18 300 (+ 127), Kreditoren 112 (+ 75), Maschinenbau- und Metallarbeiter 37 647 (+ 329), Reepschläger 42 (+ 1), Schiffszimmerer 295 (+ 123), Schneider 4616 (+ 143), Schuhmacher und Lederarbeiter 5030 (+ 230), Selbständige Berufe — (+ 131), Steinarbeiter 200 (+ 63), Textilarbeiter 7036 (+ 655), Töpfer 1525 (+ 200), Wäger und Maschinisten 57 (+ 57), Zigarren- und Tabakarbeiter 2050 (+ 150), Frauen und Mädchen 683 (+ 15).

Die Schwäche der Organisation soll nun, ebenso wie im Vorjahre, durch eine möglichst hohe Einnahme und Ausgabe verdeckt werden. Schon im Jahre 1908 wurden ganz unzulässigerweise die Einnahmen und Ausgaben der selbständigen Krankenkassen der Gewerkschaften zugerechnet. Als wir dies in unserm Jahresbericht eine absichtliche Irreführung nannten, protestierte der „Gewerksverein“ und behauptete, es sei das gute Recht der Gewerkschaften, solche Berechnung zu machen, da auch in den andern Gewerkschaftsgruppen die Krankenunterstützung eingerechnet wird. Entweder ist der Zentralrat der Gewerkschaften über die Einrichtungen der Gewerkschaften nicht unterrichtet, oder er hat die Absicht, die Mitglieder und die Öffentlichkeit zu täuschen. In den Gewerkschaften ist die Krankenunterstützung in gleicher Weise wie Arbeitslosen-, Reise- und Gemafregelunterstützung eine Einrichtung der Organisation. Besondere Beiträge werden für diesen Unterstützungsweig nicht erhoben, ein Rechtsanspruch der Mitglieder auf diese Leistung besteht nicht. Die Krankenkassen der Gewerkschaften aber sind eingeschriebene Hilfskassen, mithin völlig selbständige Organisationen. Die Statuten lassen darüber gar keinen Zweifel. Sie tragen die Bestätigung durch die Polizeibehörde, daß die Kassen als eingeschriebene Hilfskassen zugelassen werden. Diese Kassen werden auch in der alljährlich von dem Statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegebenen Uebersicht über die Krankenversicherung geführt. Es handelt sich hierbei aber nicht nur um Zuschußkassen, sondern auch um zwei dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügende Kassen, die des Gewerkschaftsverbandes der graphischen Berufe und die der deutschen Kaufleute. Für 1908 werden in der Statistik der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften bei dem Gewerksverein der graphischen Berufe die baren Ausgaben an Krankengeld und an Sterbegeld in gleicher Höhe angegeben wie in der Statistik über die Krankenversicherung in Berlin. Bei dem Gewerksverein deutscher Kaufleute gibt die

Statistik der Gewerkschaften für Unterstützung bei Krankheitsfällen \mathcal{M} . 178 013 an, während die Krankenversicherungstatistik nur \mathcal{M} . 75 476 verzeichnet. Die erstere Summe kommt aber heraus, wenn zu letzterer hinzugerechnet werden: ärztliche Behandlung \mathcal{M} . 54 592, Arznei und sonstige Heilmittel \mathcal{M} . 41 336, Krankengelder an Angehörige \mathcal{M} . 339 und Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten \mathcal{M} . 6269. Alle diese Ausgaben rechnet nun die Zentralfelle der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften als solche des Gewerksvereins deutscher Kaufleute. Auch die Vermögensbestände dieser Kassen werden den Gewerkschaften zugerechnet. Und nicht nur wird diese falsche Berichterstattung in dem Organ der Gewerkschaften geübt, sondern auch dem reichstatistischen Amt wurden bewußtweise diese falschen Zahlen übermittelt. Dem Amt ist gleichfalls bekannt, daß bei dieser Berichterstattung absichtliche Irreführung vorliegt. Es hilft sich hierüber im Statistischen Jahrbuch mit der Anmerkung hinweg: „Einnahmen aller Kassen, auch der Kranken- und Begräbniskassen. Letzere beiden Kassentypen sind Einrichtungen nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes. Dies ist auch bei Beurteilung der betreffenden Ausgabenposten zu berücksichtigen.“

Soweit möglich, sind bei den Berechnungen die falscherweise in die Gewerkschaften eingestellten Zahlen unerwähnt gelassen. Bei der Gesamteinnahme und auch der Ausgabe ist dieses nicht möglich. Erstere betrug 1909 \mathcal{M} . 2 806 220, letztere \mathcal{M} . 2 346 830. Der Vermögensbestand der Gewerkschaftshauptkassen war Ende 1909 \mathcal{M} . 1 677 464 und der der Lokalkassen \mathcal{M} . 186 934, zusammen \mathcal{M} . 1 864 398.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ist endlich dazu gekommen, die dem Verbandsorgan nicht angeschlossenen Organisationen als christliche Gewerkschaften nicht zu zählen. Als wir vor sieben Jahren darauf hinwiesen, daß die Zuzählung solcher abseits stehender Organisationen zu den christlichen Gewerkschaften unzulässig sei, wurde uns arg beigeleuchtet und höhnend schrieb das Zentralblatt der Christlichen: „Unsere „Freunde“ werden aber weiter „beweisen“, daß diese Verbände mit den christlichen Gewerkschaften nichts gemein haben wollen.“ Wie auf manchen andern Gebieten, hat sich auch auf diesem bei den Christlichen eine anerkennenswerte Wandlung vollzogen. Mit diesem Entwicklungsgang können wir durchaus zufrieden sein. Er vollzieht sich vollständig so, wie wir es „vorausgesehen“, als die christlichen Gewerkschaften auf dem Plan erschienen. Auch jener angebliche Terrorismus, der den gewerkschaftlichen Zentralverbänden von den Christlichen zum Vorwurf gemacht wurde, durch alle geeigneten Mittel abseits stehende Organisationen zu der Gesamtorganisation heranzuziehen, hat bei den Christlichen praktische Betätigung gefunden. Der Verband der Eisenbahnhandwerker und der Verband der württembergischen Eisenbahner sind nunmehr nicht nur „unchristlich“ geworden, sondern es sind auch Gegenorganisationen gegründet, die der Gesamtverband aufgenommen hat. Es werden nunmehr für die Zukunft, wie es schon längst hätte geschehen sollen, nur die dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen als christliche Gewerkschaften

gezählt werden, wodurch sich die Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung wesentlich erleichtert. Der Gesamtverband kann über eine Mitgliederzunahme von 6232 berichten. Er hatte 1908 im Jahresdurchschnitt 264 519 und 1909 270 751 Mitglieder. Am Jahreschluß 1909 waren 280 061 Mitglieder vorhanden, darunter 1861 Mitglieder des neugegründeten Verbandes württembergischer Eisenbahner. Diese sowie die 11 640 Mitglieder des Verbandes der Eisenbahnhandwerker werden nicht sämtlich neugewonnene, sondern zum Teil den früheren christlichen Verbänden der gleichen Art entzogene Mitglieder sein. In den angeschlossenen Verbänden wurden 20 182 weibliche Mitglieder gezählt. Im Jahresdurchschnitt hatte 1909 Mitglieder: Bauarbeiter 34 418 (+ 884), Bayerische Eisenbahner 27 955 (+ 1769), Bergarbeiter 78 619 (+ 3369), Buchdrucker (Gutenbergbund) 2916 (+ 43), Eisenbahnhandwerker und -arbeiter 8920 (+ 8920), Gärtner 733 (+ 60), Graphisches Gewerbe 1454 (+ 57), Gelehrtenvereine 6539 (+ 714), Goldarbeiter 11 105 (+ 62), Kellner 1185 (+ 1185), Keramarbeiter und Steinarbeiter 5721 (+ 329), Krankenpfleger 1366 (+ 22), Lederarbeiter 4043 (+ 2237), Näh- 3345 (+ 16), Metallarbeiter 24 190 (+ 2237), Nahrungsmittelindustrie 1212 (+ 343), Schneider 3390 (+ 395), Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- u. Arbeiter 14 498 (+ 226), Tabakarbeiter 5567 (+ 16), Telegraphenarbeiter 3322 (+ 585), Textilarbeiter 30 263 (+ 7298).

Die Verbände hatten 1909 eine Jahreseinnahme von \mathcal{M} . 4 612 920, eine Ausgabe von \mathcal{M} . 3 843 504 und einen Kassenbestand von \mathcal{M} . 5 365 338. Für Streit- und Gemafregelunterstützung wurden \mathcal{M} . 489 023, für Agitation \mathcal{M} . 448 218; das Verbandsorgan \mathcal{M} . 404 050, Reise und Arbeitslose \mathcal{M} . 195 536, Kranke \mathcal{M} . 647 723, Rechtschutz \mathcal{M} . 146 487 und ein Sterbegeld \mathcal{M} . 197 089 verausgabt.

Die Angaben über die unabhängigen Vereine und Lokalorganisationen sind teils den Berichten der Vorstände, teils dem Statistischen Jahrbuch entnommen. Das letztere berichtet über 28 Organisationen mit 654 240 Mitgliedern. Unter diesen befindet sich der Verband der Eisenbahnvereine der preussisch-hessischen Staatsbahnen mit 433 137 Mitgliedern. Die diesem Verband angeschlossenen Vereine, die sogenannten „Subsistenzvereine“, wird man nicht gut als gewerkschaftliche Organisationen ansehen können. Sie sind auf Veranlassung des verstorbenen preussischen Eisenbahnministers Bude von den Eisenbahndirektionen ins Leben gerufen und haben nicht den Zweck, die Forderungen der Eisenbahner zu vertreten, sondern gleich den „gelben Vereinen“ die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu verhindern. Ferner finden sich in der Tabelle im Statistischen Jahrbuch Organisationen, die bisher von dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften als zu den christlichen Gewerkschaften gehörend gezählt worden sind. Wenn die Berichtszahlen der Verbände vorstände mit denen des Statistischen Jahrbuchs kombiniert werden, so ergibt sich für 38 Organisationen, die mehr oder weniger als Gewerkschaften angesehen werden können, eine Mitgliederzahl von 236 132

Der Zalsperrenbau bei Rötgen.

Immer mehr macht sich der Mensch die Gewalten der Natur dienstbar. Was in skrandenloser Wildheit, manchmal Tod und Verwüstung mit sich bringend, einherföhrt, fängt er ein und gebraucht es zum Wohle des Volkes. Diesem Zwecke soll auch das Wasser des Dreilagerbaches dienen, der bisher halb mild und plätschernd, bald stürmend und brausend uneingeschränkt dahinstrohmte. Durch Gegenseitigkeitsverträge hatten die Orte des Landes freies Wasser die Errichtung einer Stauanlage beschlossen. War es also früher nur ein Privilegium der Städte, ein in jeder Beziehung einwandfreies Wasser zur Verfügung zu haben, so wird nach Fertigstellung der Sperre in Rötgen auch der Landbesitzer seinen Bewohnern solch einwandfreies Wasser liefern können. Welche Wohltat dies für Menschen und Tiere bedeutet, wie viele Krankheiten und Seuchen dadurch verhindert werden können, zeigen die Sterblichkeitskassen der Städte mit moderner Kriminwasser-versorgung von heute gegen früher, wo die Bewässerung manchmal geradezu Seuchenherde waren. Es ist ja bekannt, daß das Milien der Cholera in England nicht zum geringsten Teile auf die manchmal geradezu miserablen Wasser-versorgung zurückzuführen ist. Doch zum Bau der Zalsperre selbst!

Wenn man von Nachen an dem Güntterwerle „Rote Erde“ vorbeikommt, wo von 3000 Menschen täglich Tausende von Zentnern Eisen in alle mögliche Formen gebracht werden, fährt man in die Eisföhne hinein. Man läßt Walzheim mit seinen großen Walzwerken und Baeren, wo in zahlreichen Walzwerkeinrichtungen gutes Baumaterial ans Tageslicht gefördert wird, hinter sich und bald sieht man das ziemlich ausgedehnte Dorf Rötgen vor sich liegen. In einem malerischen Tale, dessen Höhen sanft ansteigen und rings bebauet sind, leben die Bewohner teils von Landwirtschaft, teils von ihrem meisteils in der Textilindustrie Nachens verdienenden Lohn. Still und friedlich ruht es einen an, wenn man die Straße entlang nach der eine halbe Stunde entfernt liegenden Bauweise wandert.

Aber je näher man dieser kommt, desto mehr dringt einem das Geräusch, das am Plage selbst manchmal zu einem ohrenbetäubenden Rärm wird, entgegen. Bald ist es das Dröhnen der Sprengmaschinen, die das notwendige Material von den Bergen loslösen, bald ist es das Geräusch der Zerkleinerungsmaschinen.

Es ist ein gemaltiges Bauwerk, das hier errichtet wird. Das Tal, früher für jeden Naturfreund eine Stätte stiller Freude, sieht heute trostlos und verwüstet aus, und bald wird an der Stelle, wo bisher herrlicher Wald war, eine glühende Wasserfläche zu sehen sein. Die Mauer, die unten eine Breite von 26 m und oben eine solche von noch 3 m haben soll, wird aus Beton hergestellt. Ihre Gesamtlänge wird großartig sein; denn ihre Höhe wird 40 m betragen. Die äußere Seite wird mit Bruchsteinmauerwerk verkleidet, während die Innenseite wasserdicht verputzt und mit Pachtel-Asphaltföhne gegen jede Durchdringung des Wassers gesichert wird. Der Beton besteht aus folgender Mischung: 9 Teile Kleinschlag, 3,5 Teile reinen Sand und 3,5 Teile Quarzsilber, 2,5 Teile Traß, 1,5 Teile hydraulischen Kalk und 0,5 Teile Zement. Der Kleinschlag, der an Ort und Stelle gewonnen wird, wird einer gründlichen Wäscherung unterzogen, so daß er von jeder nicht bindenden Substanz befreit wird. Vier gewaltige Mischmaschinen sorgen für eine gründliche Mischung des Materials, daß dann in Voris hochgezogen und an die Verwendungsstelle gebracht wird. Automatische Stampfer, die unter einem Druck von sechs Atmosphären arbeiten, sieht man in Tätigkeit; auch hier wieder ein Fortschritt gegen das frühere mit der Hand ausgeführte Verfahren. Um der Gesamtmaße eine noch größere Schwere und Festigkeit zu geben, werden Quarzblöcke in diese eingebettet. Welch einen gewaltigen Schlag die Mauer darstellt, ergibt sich daraus, daß täglich über 800 cbm Beton verarbeitet werden und man die Vorwärtsentwicklung trotzdem kaum sieht. Eine halbe Stunde von der Mauer entfernt, befinden sich die Probierfilter, die von der Suco-llm das Wasser schneller zu klären, werden Versuche mit Chemikalien angestellt.

Nach Fertigstellung der Sperre, die voraussichtlich am 1. Oktober 1911 vollendet sein wird, wird das geföhnte Becken 4 500 000 cbm Wasser fassen. Die Stauanlage wird dann ein Kulturwert ersten Ranges sein, das mehr wert ist, als das größte Kriegsgeschütz der Welt. Diesem Kulturwert entsprechen leider die Arbeitsbedingungen der dort beschäftigten Arbeiter nicht; diese sind vielmehr die denkbar traurigsten. Die Firma Döh & Co. aus Düsseldorf erhält für den Bau, an dem zurzeit etwa 400 Arbeiter beschäftigt sind, \mathcal{M} . 1 500 000. Die Löhne schwanken zwischen 38 und 43 \mathcal{M} die Stunde, was für die schweren Arbeiten eine geradezu jämmerliche Bezahlung ist, um so mehr, als die Arbeiter alle im Dorfe logieren müssen. Die Arbeitszeit beträgt zwölf Stunden, was die Arbeiter so anstrengt, daß ein frohlicher Arbeiter dem Schreiber dieses erklärte, er sei abends oft zu müde und abgepannt, um Abendrot essen zu können. Wenn man das Schreiben und Jagen auf der Baustelle betrachtet, kann einen dies auch nicht wundern. Vom Obergericht bis zum letzten Vorarbeiter hinab hat jeder das Bestreben, aus den Arbeitern das menschenmögliche herauszubohlen. Dies zeigt sich auch darin, daß, wie uns berichtet wurde, sämtliche Redakteur und Bauführer ebenfalls schon morgens um 6 Uhr auf der Baustelle sein und bis abends 8 Uhr (mit einer nur einstündigen Mittagspause) aushalten müssen. Unter den Arbeitern herrscht deshalb auch große Inangrifflichkeit, und die Zu- und Abgänge der meisteils italienischen und kroatischen Arbeiter sind sehr groß. Jeden Tag prangt im „Volkfreund“ das Inserat: „100 Arbeiter für den Zalsperrenbau in Rötgen gesucht.“

Offenkundig werden die dort beschäftigten Arbeiter der neuerdings einsetzenden Agitation Gehör schenken und sich der Organisation anschließen, die dann wohl Mittel und Wege finden wird, um den Schöpfern dieses Wunderwerks auch zu halbwegs menschenwürdigen Arbeitsbedingungen zu verhelfen. Joh. Kessel.

(1908 = 203 485). Es waren in folgenden Organisationen Mitglieder vorhanden: Bauhilfsarbeiter 550 (550), Polnische Berufsvereine 56 183 (48 752), Brauereiarbeiter 3420 (3500), Technisches Bühnenpersonal 450 (500), Dachdecker 170 (120), Badische Eisenbahner 11 334 (10 997), Süddeutsche Eisenbahner 12 553 (13 246), Württembergische Eisenbahner 8000 (8380), Eisenbahnarbeiter 56 767 (41 054), Gastwirtsgehilfen 23 195 (21 849), Gemeindegeldarbeiter 1955 (1801), Pflege- und Wadepersonal 3095 (—), Stäfer 40 (50), Graveure der Stoffindustrie 510 (528), Hafenarbeiter 15 (15), Flozierer 50 (60), Maler 70 (100), Maschinisten 7000 (6750), Metallarbeiter 6898 (6890), Molettente 269 (267), Pözellanarbeiter 303 (303), Bayerisches Post- und Telegraphenpersonal 12 132 (11 420), Sattler 45 (—), Schneider 100 (100), Steinseher 40 (—), Tapezierer 55 (50), Telegraphenarbeiter und Handwerker 4915 (3520), Textilarbeiter 700 (700), Köpfer 392 (380), Transportarbeiter 3300 (1600), Zeichner 1859 (1446), Ziegler 4276 (4050), Zigarrenfabriker 100 (120), Zimmerer 1000 (700) und Zivilmusiker 14 341 (13 537). Die meisten dieser Vereinigungen werden kaum als Gewerkschaften zu zählen sein, doch wird sich eine bestimmte Grenze schwer ziehen lassen. Ganz werden sie bei der Zählung nicht ausgeschlossen werden können, weil unter ihnen sich auch die ehemaligen Lokalbvereine befinden, für die allerdings nur schätzungsweise Zahlen vorliegen, weil die Geschäftsstellen dieser Vereinigungen wiederum dem Statistischen Amt die Lieferung des Zahlenmaterials verweigert hat.

Die Vereinigungen von Privatbeamten werden, soweit sie nicht einer Gewerkschaftszentrale angeschlossen sind, nicht als Gewerkschaften angesehen werden können und wohl auch selbst als solche nicht gelten wollen: Das Statistische Jahrbuch verzeichnet 63 Organisationen von Privatbeamten. Bei sieben der Vereinigungen fehlt die Angabe der Mitgliederzahl. Die 56 Verbände, für die Angaben vorliegen, hatten insgesamt 734 794 Mitglieder, darunter 54 816 weibliche. Hier sind aber der Verein der Kaufleute, der dem Verband der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften angeschlossen ist, und die Generalkommission angeschlossen Verbände der Handlungsgehilfen, der Lagerhalter und der Bureauangestellten eingerechnet. Diese vier Verbände mit 35 593 Mitgliedern, wovon 8272 weibliche, sind bereits in den betreffenden Gewerkschaftsgruppen gezählt. Es bleiben somit 52 Vereinigungen der Privatbeamten mit 699 201 Mitgliedern, wovon 46 544 weibliche. Es wird berichtet über 13 kaufmännische Verbände mit 475 215 (40 639 weiblichen) Mitgliedern, 17 Technikerverbände mit 112 410 (10 weiblichen) Mitgliedern, 11 Verbände der Bureauangestellten mit 16 600 (20 weiblichen) Mitgliedern, 5 Verbände landwirtschaftlicher Beamten mit 20 275 und 7 verschiedene Verbände mit 69 771 (5875 weiblichen) Mitgliedern.

Gelbe Arbeiterverbände und Wertvereine zählte das Statistische Jahrbuch 85 mit 71 346 Mitgliedern gegen 79 mit 63 877 im Jahre 1908. Dem Reichsverband der nichtgewerkschaftlichen Arbeiter in Augsburg sollen in 38 Vereinen 26 471 Mitglieder angehören. Der gelbe Arbeitsbund in Charlottenburg-Berlin soll von 14 970 auf 23 540 Mitglieder angewachsen sein. Der Wertverein für Berlin und Umgegend rechnet sich 22 316, der für Bayern (ohne Pfalz) 12 955, der für Rheinland 11 138 Mitglieder zu, während der Bund der Bäckergehilfen von 10 038 Mitgliedern berichtet. Die anderen antigerichtlichen Vereine weisen keine nennenswerten Mitgliederzahlen auf. Die 24 Vereine, die über die Klassenverhältnisse berichten, verzeichnen eine Einnahme von M. 473 679. Wieviel davon auf Beiträge der Unternehmer entfällt, wird nicht angegeben. Die Ausgabe wird mit M. 402 810, der Vermögensbestand mit M. 473 602 angegeben. Diese Zahlen beweisen, daß diese von den Unternehmern gezüchtete Sumpfpflanze in Deutschland keinen kulturfähigen Boden gefunden hat.

Unternehmerfreiheit in höchster Potenz.

Dr. Alexander Tille, Syndikus der Saarindustriellen und Hauptgeschäftsmacher bei den Unternehmern, hat vor kurzem ein vierbändiges Werk: „Die Berufsstandspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes“ (Berlin 1910, Rosenbaum & Hart) herausgegeben, in dem der brutalsten Unterdrückungspolitik patetisch das Wort geredet und die deutsche Arbeiterschaft in geradezu pöbelhafter Weise beschimpft und verhöhnt wird. Tille will eine politische Arbeiterebewegung schaffen, um der Klassenkampfvereinerung der gewerblichen Lohnarbeiter erfolgreich entgegenzutreten und die einseitige Klassenfesselung, die darauf hinausgeht, den gewerblichen Unternehmern in seiner Tätigkeit (soll heißen: in der Ausbeutung der Arbeiter) zu

beschränken und zu entzweien, abzuwehren. Denn Reichsregierung und Bundesrat liebküßeln nach der Behauptung Tilles mit den radikalen Forderungen der „Klassenpolitischen Lohnarbeiterpartei“ selbst da noch, wo „diese den Lebensinteressen der Ertragswirtschaft zu widerlaufen. Der Gewerbe- und Handelsstand ist durch seine Uneinigkeit politisch in Not geraten, so daß seine Lebensinteressen heute den Zummelplatz darstellen, auf dem Doktrinarismus, Parteileidenhaft, Klassenhaß und Wahrnehmung anderer Berufsstandsinteressen ihren gesetzgeberischen-Eifer fühlen.“ Damit diese Kreise nun der Sache „ihres Berufsstandes besser dienen können, brauchen sie unbedingt ein Lehr- und Handbuch, das ihnen in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, geistesgeschichtlicher, gesetzgeberischer und politischer Hinsicht die nötigen Unterlagen zu einer solchen Betätigung bietet.“ Dieses Buch bietet allen Unternehmern Dr. Alexander Tille mit dem nicht gerade bescheidenen Anspruch, daß es „den Grundstoff eines Systems der Berufsstandspolitik bildet.“

Der Verfasser geht denn auch bei seinen „wissenschaftlichen“ Untersuchungen von vornherein von dem Grundsatze aus, den Unternehmern zu schmeicheln und die Ergebnisse „seiner Forschungen“ ihren Wünschen anzupassen. Die Arbeiter schildert er als faul und dumm, die ein „besonders auliches Dahinschleudern der angelegentlichsten Kräftebetätigung vorziehen.“ Das kommt daher, daß diejenigen, welche die Neigung zur starken Betätigung ihrer Fähigkeiten in sich tragen, sich naturgemäß dem Unternehmertum zuwenden, wo sie Gelegenheit haben, ihre Arbeitskraft unter eigener Verantwortung an die Erzielung eines Ertrages zu wagen. Da die Arbeitsfreudigsten sich demnach zu Ertragsarbeitern aufschwingen, so bleiben für Gehalts- und Lohnarbeiter durchschneidlich nur diejenigen mit weniger starkem Arbeitstrieb übrig.

Von der sinnlosen, weil mit den offenkundigsten Tatsachen in Widerspruch stehenden Behauptung, daß die Beamten und Arbeiter die Faulenzer, hingegen die Unternehmer — die er Ertragsarbeiter nennt — die Fleißigsten seien, kommt der Angestellte der Saarindustriellen zu dem weiteren Schluß, daß wir unsere Kultur nicht der Arbeit aller, sondern ausschließlich der Tätigkeit der Unternehmer zu verdanken haben. Patetisch ruft er (1. Band, Seite 188) aus:

„In unserm Zeitalter ist es Mode geworden, zu behaupten, die Allgemeinheit schaffe jede Wertsteigerung und nicht die Gesamtheit der ertragswirtschaftlichen Unternehmer. Und doch kann nichts falscher sein. Es gibt kein blöderes und unehloferes, kein unwissenderes und hilfloseres Ding als die Allgemeinheit. Die Allgemeinheit schafft überhaupt nichts, sie fordert nur. Die ertragswirtschaftlichen Unternehmer in ihr sind die einzige treibende, schaffende und wertbildende Kraft in jedem Volke.“

Den Lohnarbeitern empfiehlt Tille, sich mit ihrer Lage abzufinden und „durch hervorragende Leistungen einen Unternehmer daran zu interessieren, sie in Arbeit zu nehmen, zu behaupten und zu möglichst hoher Stellung zu befördern, oder sich selbst ein Unternehmen zu gründen.“ Hier wird also der heuchlerischen Biedererzerei offen das Wort geredet, und denen, die nicht schmarotzen wollen oder das nicht können, wird der böhnische Rat gegeben, selber unter die Unternehmer zu gehen. Das Unternehmertum ist Tille der Inbegriff alles Wirtschaftens. Den allgemein auch von den unternehmerfreundlichsten Volkswirtschaftslehren anerkannten Satz: „Ohne Arbeit keine Kultur“, übersetzt er mit dem blödsinnigen Satz: „Ohne Unternehmer keine Arbeitsgelegenheit. Dem Ausdruck des englischen Nationalökonom Thomas Carlyle: Der träurige Anblick unter der Sonne sei ein Mann, der ganz arbeiten möchte, aber keine Arbeit finde, stellt er (1. Band, Seite 214) den Satz: „Das traurigste Volk ist dasjenige, das nicht genügend Unternehmer besitzt!“ gegenüber.

Wer das Unternehmertum als den Drehzapfen des gesamten Wirtschaftslebens betrachtet, wie das hier geschieht, der muß naturgemäß alles daransetzen, um jede Störung von dieser Gesellschaftsordnung fernzuhalten; sie muß ihm sakrosankt sein. Und das ist das Unternehmertum Tille, dem Syndikus der Saarindustriellen. Sein Zorn gegen die „faule und unwillende“ Arbeiterschaft im allgemeinen steigert sich zur sinnlosen Wut, wenn er sich mit der sozialdemokratischen Bewegung und den freien Gewerkschaften beschäftigt. Man höre nur:

„Die Lehre, daß der Lohnarbeiter sich mehr, als er sich durch den Dingen seiner Handkraft, also durch wirtschaftliche Mittel, zu verdienen vermag, durch Veranstaltung von Wirtschaftsförderungen und Schädigungen der Unternehmungen traglos erpressen darf, während das gleiche Vorgehen bei allen andern Volksschichten bestraft wird, und daß er dasselbe tun darf, um als „gleichberechtigt“ anerkannt zu werden, ist die Lehre vom Klassenkampf. Diese Lehre ist die größte Unbilligkeit, die größte Erbärmlichkeit, größte Gemeinheit und größte Feigheit, welche die neuzeitliche Gesellschaft erzeugt und der neu-

zeitliche Staat mit seiner Macht gedeckt hat, und zugleich der größte wirtschaftliche Unfug, den der Mensch je ausgeübt hat. . . Die Lehre vom Klassenkampf bedeutet die Aufhebung der Tugend, daß wirtschaftliche Mittel allein das Einkommen des gestifteten Menschen bestimmen, sie steht neben Arbeit und Sparen, neben Arbeitseinkommen, Ertragswirtschaften, Zinsen und Nachbezug noch eine fünfte Einkommensquelle: die Erpressung durch Gewalt! Sie gestattet dasselbe Mittel auch zu theoretischen Zwecken. Aber sie beschränkt diese Einkommensquelle auf die fittlich am tiefsten stehende Volksschicht.“ (2. Band, Seite 106/107).

Diese Freiheiten Tilles sind nicht mehr zu über-treffen. Die Anwendung des Koalitionsrechts ist „Erpressung zugunsten der fittlich am tiefsten stehenden Volksschicht.“ Und das Schlimmste ist natürlich, daß der „neuzeitliche Staat das Koalitionsrecht der Arbeiter gestiftet, anstatt den „Wirtschaftskraut“, wie Tille an einer andern Stelle den Klassenkampf nennt, mit Gewalt zu verhindern. Den Arbeiterzustand läßt dieser moderne „Nationalökonom“ unter keinen Umständen gelten, er ist stets und überall haßenswerter. Natürlich, denn jeder Streik richtet sich gegen das Unternehmertum, dessen Syndikus Tille ist und dessen Interesse er zu wahren hat. Um aber den Schein einer gewissen Objektivität zu wahren, stellt Tille doch die Frage, ob die Streiks, da sie vorwiegend in die Zeiten aufsteigender Geschäftslage gelegt werden, nicht als ein Mittel für die Lohnarbeiter bezeichnet werden könnten, die Konjunktur des Lohnarbeitsmarktes auszunutzen? Aber er stellt diese Frage nur, um sie mit der vollen Wucht seiner auf die Interessen der Unternehmer zugeschnittenen Argumente glatt zu verneinen. Er deduziert: Bei schlechten Zeiten entläßt der Unternehmer nicht gleich alle überflüssigen Arbeitskräfte, deshalb darf man ihm auch dann nicht die Pistole auf die Brust legen, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt. Er kommt dann zu folgendem Schluß:

„Der Versuch der Erpressung von Lohnhöfungen gleichzeitig mit dem Aufstieg der Wirtschaftslage des Warenmarktes behält darum alle Erpressungsmerkmale der Widerrechtlichkeit und Widerwirtschaftlichkeit. Denn er beruht wie jeder andere Zustand eine ausdrücklich geschaffene Nothlage des Unternehmers zur Erreichung eines widerrechtlichen Vermögensvorteils.“ (2. Band, Seite 112).

Die Söderung der Wirtschaftsarbeit, wie Tille den Streik nennt, ist ihm so haßenswerter, daß man merkt, wie er nach scharfen Ausbrüden gesucht, um das in Worte kleiden zu können, was sein Innerstes so tief bewegt. Ihm ist die Wirtschaftsförderung

„eine Sache, die noch so tief unter dem Nichtstun steht, wie sich die ertragswirtschaftliche Arbeit über diese erhebt. Sie kann überhaupt nicht als wirtschaftliche Kraft gelten. . . sondern ist eine destruktive, eine mißbillige Kraft. Sie ist dasselbe, wie das Niederbrennen eines Hauses gegenüber einem Aufbauen ist. Sie ist kein Menschenverdienst, sondern eine Menschenschande. Sie ist eine Gemeinheit und eine Niedertracht, eine Nutzlosigkeit und ein Frevel am Menschenwohl. Sie wird nicht besser dadurch, daß sie sich in ererbten Köpfen als Mittel zur Hebung der Lage einer Klasse spiegelt, sondern sie bedeutet den Verzicht dieser Klasse darauf, sich mit ehrlicher, fleißiger Arbeitsvorbereitung zu helfen, und einen Schaden an ihren Wohlständen.“ (1. Band, Seite 114 und 115). . . Die Lehre vom Klassenkampf, heißt es an einer andern Stelle, ist nur dort möglich, wo man einen großen sittlichen Tiefstand als selbstverständlich voraussetzt. Sie bedeutet keine Schmeichelei für die Lohnarbeiterschaft, sondern bedeutet, daß man diese als Ganzes sittlich mit einer Erpresserbande auf eine Stufe stellt.“

Das ist denn doch das Stärkste, was je auf dem Gebiete der Arbeiterbeschimpfung geleistet worden ist. Die Koalitionen der Arbeiter, die schon um deswillen für die Arbeiterklasse eine zwingende Notwendigkeit ist, um der lohnbrüdenkenden Tendenz, die in der Konkurrenz der Arbeiter untereinander liegt, entgegenzuwirken, ist nach dem Vordröner der Unternehmer eine Gemeinheit, eine Niedertracht, eine Nutzlosigkeit, und die Lohnarbeiterschaft, die sich des Koalitionsrechtes bedient, steht fittlich auf einer Stufe mit einer Erpresserbande. Und Tille zieht kaltblütig die Konsequenz aus dieser Betrachtung der Dinge: der Arbeiter ist Lohnknecht, will er den Druck, unter dem er steht, mildern, das kapitalistische Joch, das ihn drückt, erleichtern, so ist er vogelfrei und er darf bedingungslos niedergeschlagen werden.

„Der sich“, so heißt es auf Seite 116 und folgenden, „auf den Boden des Klassenkampfes stellt und damit andere für wirtschaftsboegreifend erklärt, der scheidet sich damit selbst aus der gestifteten Menschengesellschaft aus.“ Wer sich auf den Boden des Klassenkampfes stellt, der erklärt damit selbst seinen Verzicht darauf, als gestifteter Mensch, als Mitbürger und als Berufsoffizier behandelt zu werden. . . Mit Lohnarbeitern, welche sich auf dem Boden des Klassenkampfes befinden, kann es kein Verhandeln, kein Paktieren, keine Vereinbarung von Arbeitsbedingungen geben. Sie stehen ja außerhalb aller Wirtschaftsverhältnisse, alles Rechtszustandes und aller sittlichen Beziehungen. Werauf den Boden des Klassenkampfes tritt, der macht sich selbst wirtschaftsboegreifend.“

Ihm gegenüber, so konstatiert Tille mit Bauern, habe man früher die öffentliche Gewalt angewendet, aber jetzt habe man diese gefährlichen Mittel soweit abgeschafft, daß sie unwirksam geworden seien. Seitdem gebe es nur noch ein Mittel: „Die Schaffung von Klassenkampfvereinigungen durch die Unternehmer und die bedingungslos niederschlagung jedes Klassenkampfversuchs durch den Hunger“. Der Sieg werde, so führt Tille weiter aus, immer den Unternehmern zufallen, sie sollen sich nur nicht bange machen lassen. „Denn diese (die gelohnte Handkraft) mag zu schweifenden Posten und Morданfällen, zur Fabrikzerstörung, zu Brand und Aufruhr schreiten: bald genug wird die zerstörerische Arbeit der aufbauenden Wirtschaftsarbeiter wieder unterwerfen, gezwungen von Hunger und von der Unfähigkeit, denselben aus eigener Kraft zu stillen.“

Wenn man diese Schilderung liest, die mit der geradezu verrückten Möglichkeit rechnet, daß die Streikenden Morданfälle machen, Fabriken zerstören und alles niederbrennen würden, so muß sich bei einem der Zweifel regen, ob der Verfasser bei seinen Schilderungen der Schreckensbilder überhaupt noch ernst zu nehmen ist. Wer — auch wenn man seine Stellung als Lobredner der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung gebührend würdigt und ihm mißerbende Umstände zugibt — so über das Ziel hinausschießt und mit fanatischem Haß und sinnloser Wut alles herunterreißt und in den Kol nicht, was den kapitalistischen Interessen, die er vertritt, entgegensteht, der könnte erledigt sein, und man könnte ihn lassen lassen. Da aber die bürgerliche Presse — wenigstens soweit sie direkt dem Schmarmdertum dient — Tille sehr ernst nimmt und den Anlauf seiner Werke empfindlich, so muß er schließlich auch von uns ernst genommen werden. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ hat sofort nach dem Erscheinen des Werkes eine sehr empfehlende Besprechung gebracht, in der Herr Tille als Vorkämpfer der politischen Bewegung des Gewerbes- und Handelsstandes warm herausgehoben wird. „Jeder gewerbliche Unternehmer und Angestellter, heißt es da, welcher A 4 übrig hat, sollte hingehen und sich ein beliebiges dieser vier Bändchen kaufen. Ist er der Mann, die Berufsinteressen seines Standes zu vertreten, dann werden diesem ersten die andern drei Bändchen rasch folgen, und das Werk wird ihm nicht nur ein Bild von der Berufsstandspolitik des Gewerbes- und Handelsstandes zeichnen, sondern wird auch bei seiner ferneren Betätigung auf diesem Felde sein zuverlässiger Berater und Freund werden.“

Da an anderer Stelle die „Arbeitgeberzeitung“ berechnet, daß für jeden der 397 Reichstagswahlkreise 20 sollte Männer sich finden müßten, um die politische Propaganda im Sinne des Unternehmertums zu betreiben und die sich durch die Tille'schen Elaborate vorbereiten und rednerisch ausüben müßten, so läßt sich hieraus ersehen, welchen Wert in schmarmdertischen Kreisen diesen Werken beigemessen wird und wie man in jenen Kreisen diese Arbeiten politisch zu bewerten gedenkt.

In einem weiteren Artikel werden über die Stellung des Bauarbeiters der schmarmdertischen Unternehmer zum Reichstagswahlrecht und zur sozialpolitischen Gesetzgebung gebührend würdigen und die unverkennbaren Beleidigungen der deutschen Arbeiterschaft mit der erforderlichen Schärfe zurückweisen.

Bauarbeiterverhältnisse im Lichte der Fabrikinspektorenberichte.

II.

In der Südpfalz wurden im Berichtsjahre 44 Revisionen von Baustellen vorgenommen. Bei 36 derselben ergaben sich Beanstandungen, und zwar: 32 mal Mängel an Gerüsten, Brustwehren und Geländern, viermal fehlende Einfriedigung und Ueberbrückung von Kalfgängen, fünfmal Fehlen des Verbandzeuges, neunmal mangelhafte Abdichtung der Balkenlagen, zweimal unvorschriftsmäßige Leitern, neunmal fehlende oder ungenügende Aborte, dreimal ebensolche Aufenthaltsräume und sechsmal das Fehlen von Abzügen auf Leitern. Also eine ganze reiche Musterkarte von Mißständen und Gefährlichkeiten. Der Gewerbeinspektor fährt dann fort: „Der Vorgesetzte der oberpolizeilichen Vorschriften läßt immer noch viel zu wünschen übrig, insbesondere mußten die Ränder- und Spitzgerüste häufig beanstandet werden. Ein Meister, der trotz vorübergehender Warnung sein Gerüst nicht in ordnungsgemäßen Stand setzte, wurde auf diesbezügliche Beanstandung angezeigt, und mit einer Geldstrafe von A 20 bestraft.“

Bei zwei Bauten mußte die Durchführung der Schutzvorschriften durch Androhung der Arbeits einstellen erzwungen werden und in der Steinbrüche wurde die Ausbeute auf Antrag des Gewerbeinspektors tatächlich solange verboten, bis die Brücke hinsichtlich des Abbaues in vorschriftsmäßigen Zustand berichtigt waren.

Wegen Zuwiderhandlungen gegen die in bezug auf Unfallversicherung erlassenen Vorschriften sind 44 Bestrafungen in der Höhe von A 1 (1) bis A 28 bekannt geworden, und davon entfielen allein 43 auf den Bauarbeiter. Erfreulicherweise wird seitens der Gerichte gegen Uebertretung der Arbeiterschutzvorschriften neuerdings strenger

vorgegangen, im allgemeinen ist aber immer noch zu beklagen, daß in den meisten Fällen die verhängten Geldstrafen weit hinter dem Gehörten zurückbleiben, den sich die schuldigen Arbeitgeber durch die Selbsterregung verschaffen.“ Die vorangeführten A 1 bis A 28 sind die sehr bedernten Situationen zu dieser sonderbaren Art von Strafrazie.

Im oberpfälzischen Bezirke wurden 80 Revisionen von Bauten vorgenommen. Hierbei ließ sich eine fortschreitende Besserung hinsichtlich des Vollzuges der Bauarbeitervorschriften wahrnehmen. Namentlich kann deren Durchführung in den Städten und größeren Orten im großen und ganzen als befriedigend bezeichnet werden. Dieser Erfolg ist zweifellos auf die stärkere Ueberwachung der Baubetriebe zurückzuführen, welche insbesondere durch die in den letzten Jahren erfolgte Anstellung eines eigenen Aufsichtsbeamten für Oberarbeiten seitens der Bauwerksberufsgenossenschaft, der Anstellung von Baukontrolleuren in den Städten Bamberg, Bayreuth und Hof sowie der im Berichtsjahre erfolgten Anstellung eines gemeinschaftlichen Baukontrolleurs für die Bezirke Regensburg und Mühlberg ermöglicht wurde. Nicht ganz so günstig liegen die Verhältnisse zum Teil noch in den kleineren Orten und auf dem flachen Lande, wo eine häufige Kontrolle seitens des technischen Aufsichtsbearbeiters der Berufsgenossenschaft oder der Gewerbeaufsichtsbeamten durch die Verkehrsverhältnisse erschwert ist; letztere können solche Bauten überhaupt nur bei besonderen Anlässen oder bei Gelegenheit der Vornahme anderweitiger Dienstgeschäfte besichtigen. Daraus ergibt sich wohl zur Genüge die dringende Notwendigkeit der Anstellung von Baukontrolleuren; denn die Unfallgefahren bestehen bei Bauarbeiten in einem Maße ebenso wie in der Stadt, und die auf dem Lande tätigen Bauarbeiter haben gewiß den gleichen berechtigten Anspruch auf Schutz gegen Unfall, wie ihre Kameraden in der Stadt. An anderer Stelle des gleichen Berichtes wird festgestellt, daß die Arbeiter den zu ihrem Schutze getroffenen Maßnahmen im allgemeinen wachsenden Verständnis entgegenbringen. „Grobe Verstöße gegen dieselben, wie solche beim Neubau eines Fabrikgebäudes beobachtet wurden, stehen glücklicherweise vereinzelt da. Die an diesem Bau beschäftigten Arbeiter wurden dabei betreten, wie sie sich an der Außenwand auf eine Höhe von etwa 30 m gehenden Ramms mittels des Materialaufzuges herabließen, statt die im Innern des Rahmens angebrachten Stelagen zu benutzen. Die Befestigung am Seil bestand lediglich darin, daß sie das Seil einmal um den Fuß schlangen und sich mit der linken Hand an demselben festhielten. Das war allerdings ein leichtfertiges Spiel mit dem eigenen Leben.“

Im unterpfälzischen Bezirke wurden auf Bauten 101 (1908: 60) Betriebsbesichtigungen vorgenommen, wobei 146 in das Gebiet der Unfallversicherung einschlägige Verletzungen festzustellen waren. Von diesen befanden sich 98 (1908: 39) die Sicherung der Verkehrswege gegen Absturzgefahr, die Sicherung von Leitern und das Verbot des Transports von Lasten auf Leitern, 5 (5) die Sicherung gegen das Herabfallen von Gegenständen, 19 (9) die Beschaffung von Verbandzeug, 34 (16) die Androhung der vorgeschriebenen Aushänge und 20 (14) „Sonstiges“. Die Tätigkeit der städtischen Baukontrolleure ist, wenn auch der große Mangel an der Zahl der Unfälle nicht ausschließlich auf deren Wirksamkeit zurückzuführen ist, als ersprießlich zu bezeichnen. Dagegen sind bezüglich des Bauarbeiterstandes auf dem Lande sehr ungünstige Verhältnisse anzutreffen. Eine Änderung hierin ist durch die mit Regierungserlass vom 21. April 1908 getroffenen Anordnungen bezweckt.“

Bei der Begutachtung von 301 Bau- und Konzessionsgesuchen waren 282 die Unfallversicherung betreffende Verurteilungen zu stellen.

Wegen Uebertretung der oberpolizeilichen Vorschriften zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen wurden 29 Strafen von A 3 bis A 40 beziehungsweise ein bis acht Tagen Haft mit einer Gesamtsumme von A 203 beziehungsweise 49 Tagen Haft ausgesprochen.

Dem 10. ä. b. i. h. Bericht ist folgendes zu entnehmen: Im Berichtsjahre wurden 135 Revisionen (1908: 119) auf Neu- oder Umbauten vorgenommen. Sechs der Revisionen treffen auf Staatsneubauten oder Bauten für den Kreis. Die 93 im allgemeinen bei den Baurevisionen erhobenen Beanstandungen betrafen: Fehlen der Brustwehren in 14, der Vordretter in 21, sonstiger Geländer oder Abperrungen in 6 Fällen. Mangelhafte Abdichtung war in 11 Fällen, mangelhafte Gerüste waren in 9, schlechte Leitern in 4, mangelhafte oder fehlende Aborte in 7, fehlende Unterflurräume in 12, fehlende Anschläge in 5 und fehlende Tragbahren in 2 Fällen zu beanstanden. An 2 Transportaufzüge, die den zu stellenden Anforderungen im Hinblick auf den Arbeiterschutz nicht genügten, mußten auf Antrag Änderungen vorgenommen werden. Im allgemeinen wenden die Unternehmer im Bauhandwerk dem Arbeiterschutz erhöhte Aufmerksamkeit zu und die Kontrolleure der Zentralkommission für den Bauarbeiterstand, die in der Zeit vom 23. Juni bis 6. Juli Revisionen auf Bauten in Augsburg und Umgebung vornahmen, stellten bei diesen Revisionen fest, daß soweit die städtische Baukontrolle in Augsburg reicht, die Mißstände auf den Bauten nur geringfügiger Natur waren und die größten Verstöße außerhalb des Burgfriedens vorliefen. Die Erfahrungen der Gewerbeaufsichtsbeamten sind dieselben. Vielfach wird auf dem Lande und auch in den Städten den Unterflurräumen keine Beachtung geschenkt. Sie sind entweder gar nicht vorhanden oder sie sind zu klein für die Zahl der beschäftigten Arbeiter. Doch wurden auch in einigen Fällen musterhafte Einrichtungen angetroffen. Bei den Revisionen auf Staatsbauten oder Bauten für den Kreis, waren nur Beanstandungen geringfügiger Natur zu erheben. Die Gerüstherstellung und Ausstattung war, in diesen Fällen in feiner Weise zu beanstanden.

In Augsburg haben sich die drei aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Baukontrolleure vortrefflich bewährt.“

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Bauten hat fast ganz aufgehört. Nur vier Arbeiterinnen wurden überhaupt bei den Baurevisionen vorgefunden und nur zwei derselben waren mit unzulässigen Arbeiten beschäftigt. Im übrigen haben sich die einschränkenden Bestimmungen für

die Verwendung von Arbeiterinnen auf Bauten durchaus bewährt.

In München hat die Beschäftigung von Bauten eine abermalige Zunahme der im Baugewerbe zur Verwendung gelangenden Maschinen gezeigt. Die Tätigkeit der in der Stadt und im Bezirk samt Münden angelegten Baukontrolleure ist eine eifrige und regelmäßige. Die mit der Behandlung der zahlreichen Bau- und Konzessionsgesuche verbundenen vielseitigen Anordnungen zum Schutze der Arbeiter werden im allgemeinen befolgt. Unfälle und Hebezeuge müßten wiederholt beanstandet werden. Namentlich sind es die Schachtzugänge, die der erforderlichen Sicherheitsvorrichtungen ermangeln.

In Mittelfranken fand sich in keinem Falle die verbotene Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Bauten. Man erhebt deren Arbeit nach Möglichkeit durch Mörtele- und Steinaufzüge. Im übrigen war hierfür genügend Angebot männlicher Arbeiter vorhanden. Von Arbeitgebern und Politzern wurde teilweise das Verbot befolgt, weil im allgemeinen die Arbeiterinnen verlässlicher und fleißiger sein sollen und sich mit geringeren Löhnen begnügen — 30 bis höchstens 35 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gegen 40 bis 45 $\frac{1}{2}$ für Tagelöhner. Von den Bauarbeitern, insbesondere den Mörteleträgern selbst, wurde dagegen das Verbot allseitig befolgt.

In den beiden Bezirken Oberpfalz und Oberbayern erfolgte je eine Bestrafung wegen unzulässiger Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Bauten, im letzteren Bezirke im Betrage von A 9. In München hat die Durchführung des Verbots der Frauenarbeit auf Bauten nicht nur zu keinerlei Schwierigkeiten Anlaß gegeben, das Verbot wurde vielmehr von der großen Mehrzahl der Bauleitenden und Politzern aufrichtig befolgt. Interessant ist hierbei, daß nach Angaben der Arbeiterstudienkommission auf den von ihren Leuten kontrollierten Bauten unter 5984 Arbeitern nur 48 weibliche waren. — Im Jahre 1909 hat die Unfallhäufigkeit eine weitere Steigerung erfahren, indem die Gesamtzahl der Unfälle von 14 707 um 1169 auf 15 876 gestiegen ist, wovon 131 tödliche, 708 schwere und 13 171 leichte waren, während der Rest „unbekannt“ blieb. Auf die Bauarbeiter entfielen 3483, womit sie an der Spitze aller Gewerbegruppen stehen. Davon waren 31 tödliche, 149 schwere und 294 leichte Unfälle. Bezugszahl wurden die Unfälle: durch Dampfessel u. v. a. 12, Motore 12, Transmissionen 5, Arbeitsmaschinen 84, Fallstühle, Hebezeuge u. v. a. 82, abspringende Splitter u. v. a. 33, Handwerkszeug 224, Sprengstoffe 4, Einatmung giftiger Gase u. v. a. 1, heiße und scharfe Stoffe 39, Einstrahlung von Erdstrahlen, Zusammenbruch von Gerüsten u. v. a. 61, Fall von Gerüsten u. v. a. 522. Auf und Abfallen von Lasten u. v. a. 822, Herab- und Umfallen von Gegenständen 551, Ausgleiten, Stolpern 413, Einbringen von Fremdkörpern ins Auge 131, scharfe Gegenstände, Anstoßen 341, sonstige Ursachen 161. Im Baugewerbe wurden 1909 268 Unfälle mehr gemeldet als 1908. Vorstehend sind die objektiven Unfallursachen angeführt; der Zentralinspektor führt in der Einleitung dazu auch noch eine subjektive an, indem er sagt: „Doch gerade in Bayern eine solche fortgesetzte Steigerung trotz aller Bemühungen der an der Unfallversicherung beteiligten Kreise zu beobachten ist, mag zum Teil in dem leider noch immer zu großen Bierkonsum, besonders der Bauarbeiter, seine Ursache haben. In dieser Beziehung ist durch strengere Ueberwachung und durch Auffklärung noch viel zu tun.“ Dieser Frage ist ja wiederholt schon in der Arbeiterpresse und in den Gemerkchaften die ernste Aufmerksamkeit gewidmet worden, und man wird sich damit auch in Zukunft beschäftigen müssen, um dazu zu gelangen, den Zusammenhang zwischen Alkoholgenuss und Unfällen aufzubeugen.

Im südpfälzischen Bezirk kamen 4 Unfälle mit Todesfolge vor. Einer derselben ereignete sich in einer Sandgrube. Der Getriebene fuhr Sand mit einem Schamblaren, wobei er sich in unangenehmer Weise innere Verletzungen zuzog, denen er erlag. In der Oberpfalz sind 3 tödliche Unfälle durch Einstrahlung eines Stabes beziehungsweise durch den vorstehend vorgenommenen Erdaushub und dadurch herbeigeführte Lockerung des Fundaments, durch Sturz von der Leiter und Ueberfahren durch eine Lokomotive verursacht worden. In einer Sandgrube, wo 4 Arbeiter tätig waren, mußte der Betrieb wegen großer Unfallgefahr auf Veranlassung des Gewerbeinspektors sofort eingestellt werden. In Niederbayern betraf der eine tödliche Unfall einen Maurer, der von einem etwa 12 m hohen Gerüst auf das Straßenpflaster fiel. Ein Sandgrubenbesitzer, in dessen Betrieb durch einfallendes Erdreich ein Arbeiter erdrückt wurde, erhielt 4 Monate Gefängnis, nachdem er vorher schon wegen fahrlässiger Tötung eines Arbeiters, verursacht durch Ueberlastung der berufsmäßigen Sorgfalt, zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Aus Mittelfranken wird berichtet: Ein Bautagelöhner stieg auf die Brustwehr des Ballons im vierten Stock, um den Mörteleinsatz in Ordnung zu bringen, verlor aber das Gleichgewicht und stürzte herab. Bei einem andern Bautagelöhner, der sich in den Finger geschnitten hatte, ohne auf die kleine Wunde zu achten, trat Blutergussung und Hohltauf ein, an deren Folgen er nach etwa 10 Tagen starb. Der sehr tragische Fall lehrte wieder ernstlich, daß man auch der scheinbar unbedeutendsten Wunde die größte Beachtung schenken soll. In Unterfranken ereignete sich ein tödlicher Unfall an einem Aufzuge dadurch, daß ein sechsjähriger Bauhandwerker, statt auf der Treppe herunterzugehen, sich vom zweiten Stockwerk des Hauses aus am Mörtelaufzuge herablassen wollte und dabei aus einer Höhe von 7 m herabstürzte. Im schwäbischen Bezirk verunglückten zwei Arbeiter tödlich. Der eine wurde beim Sindurchgehen unter einem zu schwer beladenen Gerüst, das zusammenbrach, erschlagen; der andere stürzte von einem Bodgerüst, auf dem er nach den Feststellungen „nichts zu suchen hatte“, 8 m hoch ab und starb an den erlittenen Verletzungen.

Von verschiedenen kleineren Mitteilungen über die Verhältnisse im Baugewerbe mögen noch folgende erwähnt sein. In Unterfranken wurden bei den Revisionen auf zwei Bauten 14 Kinder angetroffen, die mit dem Dachziegeltransport, und in einem Steinbruch zwei Kinder, die mit dem Steintransport beschäftigt waren. Diese gewissen-

lose Forderungsbewertung wurde verboten und ist auch die...
Verstrafung bekannt geworden. Ein Tischmeister wurde wegen ungeselliger Beschäftigung seiner...
Schlinge an einem Sonntag zu 1 (1) Geldstrafe...
Ermutigungsbüchse in Oberfranken. Im schweidischer Bezirke besteht im...
Wahlbezirk und übrigen Handwerker auf dem Lande noch die...
längere Arbeitszeit von mehr als sechs Stunden. Hinsichtlich der...
Kündigungsgrenzen macht sich im...
Wahlbezirk das Bestreben geltend, diese Fristen ganz aufzuheben...
oder doch möglichst für beide Teile festzusetzen. In Niederbayern...
war in zwei Fällen gegen Lohnauszahlung an Bauarbeiter in Gastwirtschaften, in einem Falle...
gegen eine Wohnbeibehaltung entgegen der Bestimmung im...
§ 119 a der Gewerbeordnung vorgegangen.

Politische Umschau.

Glänzender Sieg der Sozialdemokratie in Schopau-Marienburg. - Eine Zukunftshoffnung der Antisemiten. - Vom...
deutschen Katholikentag in Augsburg. - Freie und christliche...
Gewerkschaften in ihrer sozialen Unterwerfung. - Unfähigkeit der...
deutschen Regierung in Sachen der Fleischsteuerung. - Abwehrmaßregeln gegen die...
Fleischsteuerung in Oesterreich. - Portugal vor der...
Wahlreform. - Wahlverände in Jodo.

Ein überaus glänzender Sieg der Sozialdemokratie ist nach einem...
Wahlkampf von beispielloser Stärke im Wahlkreis Schopau-Marienburg...
(Königreich Sachsen) errungen worden, ein Sieg, der selbst die...
höchsten Erwartungen, die man nach den Resultaten der im letzten...
Jahre vorgenommenen Reichstagswahlen entgegen durfte, in den...
Wahlkreisen gestiftet hat. Bei der am 24. d. M. vorgenommenen...
Wahl erhielten Genosse Göthe 14.831 Stimmen, der Antisemit...
Fritzsche 4630 und der Fortschrittler...
Brodau 4717 Stimmen. Nach bei den...
Stimmenwahl im Januar 1907 hatte der...
bestrebende Abgeordnete Zimmermann, der...
damalige bürgerliche...
Wahlkreis mit 14.763 Stimmen gegen die...
sozialdemokratischen Kandidaten, auf den...
nur 11.281 Stimmen fielen, behauptet. Wohl war...
nach dem aus dem Wahlkreis während...
des eben beendeten Kampfes kommenden...
Berichten auf einen Sieg gleich im...
ersten Wahlgange zu hoffen; daß jedoch...
der sozialdemokratische Kandidat rund...
6500 Stimmen mehr erhalten würde...
als die bürgerlichen Kandidaten...
zusammengenommen, das hätte selbst...
der kühnste Optimist nicht ausgesprochen...
gewagt. Der glänzende Sieg ist eine...
Unwartung darauf, daß die...
Genossen in Sachsen alle Kräfte...
aufbieten werden, um bei den nächsten...
Neuwahlen den „roten Königreich“...
seinen Ehrentitel von 1903 wieder...
zurückzuerobern und die...
Scharte von 1907 auszuweichen, wo...
sie von den 20 Mandaten nicht...
weniger als 12 eingebüßt hatten.

Ein Kampf, wie er leidenschaftlicher und erbitterter nicht...
geführt werden konnte, in dem die...
Gegner der Sozialdemokratie selbst...
per persönlichen Verunglimpfungen...
und Verleumdungen allerlei Art...
nicht zurückzuführen, hat sein...
Ende erreicht. Die Wähler haben...
ihren Urteil gefällt, das die...
denkbar schärfste Beurteilung der...
Politik des Schnapsbrotts bedeutet. Besonders...
klar ist denn auch der völlige...
Zusammenbruch der antisemitischen...
Partei, die zudem in dem...
verstorbenen Zimmermann einen ihrer...
tüchtigsten Führer verloren hat. Nicht...
minder sind an dieser Niederlage die...
Konfessionen und die Bündler...
beteiligt, die dem Antisemitismus...
eifrige Unterstützung angedeihen...
ließen. Selbst erinnert wird man...
bei diesem Wahlergebnis an die...
schonmalige Niederlage der Antisemiten...
im Wahlkreis Eisenach-Deorbach, und...
man kann hoffen, daß diese...
Niederlagen die Vernichtung der...
antisemitischen Partei im Reich...
bedeuten; daß der Antisemitismus...
„Vorwärts“ mit Recht als...
politisches Hochstaplerium...
bezeichnet, mit den nächsten...
Neuwahlen vollständig in die...
politische Bedeutungslosigkeit...
verfallen wird.

Zum ersten Male seit 1893...
traten die Freisinnigen mit der...
Aufstellung einer eigenen...
Kandidatur in diesem Wahlkreis...
auf den Plan. Wenn sich auch...
alle nur verfügbaren freisinnigen...
Körpern eifrig in der Agitation...
betätigten, wenn diese auch...
ihre Verhältnisse in Sachen der...
Finanzreform so darstellten, als...
ob sie Gegner der indirekten...
Besteuerung gewesen wären - wir...
wissen, daß sie nur aus rein...
tatsächlichen Gründen gegen die...
Finanzreform getrimmt haben und...
zur Bewilligung von 400 Millionen...
indirekter Steuern sich bereit...
erklärten - wenn auch in den...
letzten Tagen der Wahlkreis...
von freisinnigen und national...
liberalen Parteigängern förmlich...
übernimmt war, so sollen doch...
ihre Hoffnungen, wenigstens mit...
dem Sozialdemokraten in die...
Stichwahl zu kommen, nicht in...
Erfüllung gehen. Die gewaltige...
Erweiterung der Volksmassen...
über die volksausbeuterische...
Politik des blauschwarzen Blocks...
ist eben so mächtig, daß sie...
ihre Hoffnung auf eine Abkehr...
von der bisherigen ruinösen...
Wirtschaftspolitik einzig und...
allein auf die Sozialdemokratie...
setzen, die sich stets als der...
beste Ort gegen eine volksfeindliche...
und volksbelastende Politik...
bedrängt hat.

Im Laufe des letzten Jahres...
ist dies nun der achte Sozialdemokrat, der...
aus den...
Erstwahlgängen hervorgeht, und mit dem...
Genossen Göthe zieht der 51. Sozialdemokrat...
in den Reichstag ein. Wüde...
den Genossen des Wahlkreises...
Frankfurt a. d. Ober-Neubus, wo...
am 15. September die Wahl...
vorzunehmen ist, dieser...
gewaltige Sieg ein...
Ansporn zu weiterer...
energischer Aufklärungsarbeit...
sein, damit, wie jetzt über...
dem...
Ergebnisse, auch über...
Frankfurt-Neubus die rote...
Sonne aufgerichtet werden kann.

Ein Trost, eine Zukunftshoffnung, ist jedoch...
den Antisemiten in diesen...
Zeiten des vollständigen...
Zusammenbruchs ihrer Partei...
geblieben; das ist der deutsche...
Kronprinz, der neuerdings...
von den antisemitisch-alkoholischen...
Blättern für den Antisemitismus...
reklamieren wird, und zwar...
auf Grund einer Rede, die er...
bei der...
Besetzung mit den...
Insignien eines rector magnificus...
simus der Königsberger...
Universität gehalten hat. In einem...
Streit über die...
Berechtigung der Antisemiten, den...
Kronfolger als den...
ihren zu begrüßen, können wir...
uns des...
fortbaren...
Naumes wegen nicht...
einlassen. Nur seien einige...
Frauensprüche aus der...
Rede hier...
angeführt: wie: „Deutschnationales...
Volkstum“ und „böhmische

Eigenart“ - allerdings sind dies ja Schlagworte, mit denen...
die Antisemiten und der...
alldemokratische Journalismus...
besonders aufdringlich...
sich wehren. Im...
Journalen mögen die Antisemiten...
reklamieren, jedoch...
sie wollen - wir...
lesen und hören...
es ohne...
Weib; sie...
werben den Sozialdemokraten...
von...
Eisenach, sie und...
ihresgleichen nach dem...
Muster schlagen. Das...
ist die große...
Zukunftshoffnung...
der Sozialdemokratie. Und...
die Aufgabe ihrer...
zielbewußten...
Aufklärungsarbeit...
wird es sein, auch...
alle die...
Arbeitsbrüder...
ihren...
Schicksal...
zu führen, die...
völlig im...
Banne der...
katholischen Kirche...
stehend, noch...
nicht zur Erkenntnis...
durchgedrungen...
sind, daß sie eine...
traurige Rolle im...
Klassenkampf...
der Gegenwart...
übernommen haben, wenn...
sie sich...
durch ihre...
Kirche zum...
Gefolge der...
reaktionären...
Parteien...
mischrauchen...
lassen. Die...
katholische Kirche hat...
ihre...
große...
Mühe...
kostenbar...
aufgebracht, in die...
katholischen...
Arbeitermassen...
den...
Straß...
der...
Aufklärung...
und der...
Bildung...
nicht...
bringen zu...
lassen; sie...
weiß wohl, daß...
die...
Lehren der...
modernen...
Arbeiterbewegung...
einen...
Stein...
nach...
dem...
andern...
von...
ihrem...
Bau...
lockern...
werden.

Welche...
Summe von...
Aufklärungsarbeit...
da noch zu leisten...
ist, davon...
legte die...
diesjährige...
Fahrt...
der...
deutschen...
Katholiken...
in...
Augsburg...
bereitetes...
Personlichkeits...
von...
Reichs- und...
Landtagsabgeordneten, vom...
Klerus...
und...
katholischen...
Arbeitern...
und...
von...
großen...
Maffen...
anderer...
Teilnehmer...
besuchten...
Versammlungen...
gleiches...
sie...
seit...
Jahren...
vollständig, so...
daß...
es...
nicht...
mehr...
nötig...
ist, auf...
die...
Einseitigkeit...
dieser...
„Probemobilisierung“...
der...
deutschen...
Katholiken...
näher...
einzugehen. Nach...
einer...
Fahrt...
zu...
Zehntausenden...
bestehenden...
Verpflegung...
wurde der...
Katholikentag...
am...
Sonntag...
durch...
einen...
Maffenzug...
der...
katholischen...
Arbeitervereine...
eingeleitet. Am...
Festtage...
nahmen...
480...
Vereine...
mit...
50...
Musikkapellen...
darunter...
acht...
Regimentkapellen...
und...
28.000...
bis...
30.000...
Teilnehmern...
teil. Den...
katholischen...
Arbeitervereinen...
hatten...
fast...
Männervereine, Gesellenvereine, Jugendvereine,...
Vereine, Gesangsvereine, Kongregationen...
und...
schließlich...
zahlreiche...
Parteien...
die...
von...
ihren...
geistlichen...
Führern...
geführt...
wurden, angegeschlossen. Der...
Festzug...
bewegte...
sich...
durch...
die...
dichten...
Menschenmassen...
bestehen...
Straßen...
Augsburgs...
zum...
bischöflichen...
Palais, wo...
die...
Führer...
des...
Zuges...
Ansprachen...
an...
den...
Bischof...
und...
die...
höheren...
Geistlichen...
richteten. Der...
Arbeiterfestzug...
hat...
seinen...
Abschluß...
durch...
zwei...
Arbeiterversammlungen...
von...
den...
Guldigungsstellen...
grammen...
an...
Papst...
und...
Kaiser...
bis...
zu...
dem...
Wohngarten...
an...
die...
„Feinde...
der...
Kirche“...
wiederholte...
sich...
als...
mit...
der...
schönsten...
Regelmäßigkeit. Die...
historische...
Kaiserkasse, daß...
im...
Jahre...
955...
von...
den...
Loren...
Augsburg...
die...
Summe...
einer...
großen...
Niederlage...
erlitten, gab...
dem...
Vorherrschen...
des...
Katholikentags,...
Zukunft...
Kaiser-Augsburg, in...
seiner...
Begrüßungsrede...
Anlaß...
zu...
der...
schönen...
Wendung...
von...
den...
modernen...
„Hunden...
des...
Bortes...
und...
der...
Feder“. Gemeint...
sind...
damit...
zunächst...
die...
Zweierlei, die...
über...
das...
Thema:...
„Gott...
Jesus...
geliebt“...
sprachen...
und...
schrieben, sodann...
aber...
nicht...
minder...
alle...
die, die...
in...
die...
Proletariatsmassen...
das...
„Gift...
der...
Aufklärung“...
tragen, und...
damit...
die...
konfessionellen...
Arbeiterorganisationen...
zu...
sprengen...
drohen.

Über den...
Stand...
dieser...
Organisationen...
sprach...
der...
Reichstagsabgeordnete...
Arbeitersekretär...
Giesberts...
München-Grabbach. Er...
behauperte...
in...
seiner...
Rede, daß...
nach...
so...
sehr...
die...
Bedeutung...
der...
katholischen...
Arbeitervereine...
verkannt...
werde, deren...
Zahl...
heute...
2900...
mit...
390.000...
Mitgliedern...
betrage. Allerdings...
erhielt...
die...
vom...
„Reichs-...
Arbeitsblatt“...
veröffentlichte...
Statistik...
über...
die...
Stärke...
und...
Leistungsfähigkeit...
der...
drei...
großen...
Gewerkschaftsgruppen...
die...
Wärde...
der...
sozialen...
Unterstützungsarbeit, die...
gerade...
von...
den...
freien...
Gewerkschaften...
geleistet...
wird. Haben...
letzter...
Jahre...
1908...
mehr...
als...
34...
Millionen...
Mark...
daran...
gewendet, die...
Läden...
zu...
füllen, die...
von...
der...
staatlichen...
Sozialpolitik...
offen...
gelassen...
wurden. Daß...
die...
christlichen...
Gewerkschaften...
mit...
ihren...
1/2...
Millionen...
Mark, die...
sie...
für...
gleiche...
Zwecke...
zur...
Verfügung...
stellen...
konnten,...
reicht...
fast...
dagegen...
abzulassen, mag...
den...
Arbeitersekretär...
Giesberts...
mit...
einigem...
Reiz...
erfüllt...
haben. In...
einem...
direkten...
er...
sich...
beun...
auch...
gründlich...
fäuschen: Je...
mehr...
die...
Arbeiter...
von...
der...
Bedeutung...
ihres...
Standes...
erfüllt...
je...
mehr...
sie...
von...
der...
Erkenntnis...
durchdrungen...
sind, daß...
sie...
sich...
zwecks...
Wahrnehmung...
ihrer...
wirtschaftlichen...
Interessen...
eine...
Organisation...
anschließen...
müssen, desto...
mehr...
werden...
die...
von...
den...
16...
Millionen...
Lohnarbeitern...
bisher...
noch...
abseits...
stehend, von...
den...
freien...
Gewerkschaften...
aufgenommen, desto...
eher...
wird...
die...
moderne...
Arbeiterbewegung...
im...
Sturm...
drift...
eine...
Position...
nach...
der...
andern...
erobert. Und...
gerade...
die...
gegenwärtigen...
Zeiten, in...
denen...
die...
Folgen...
der...
einseitigen...
agrarisches...
Wirtschaftspolitik...
in...
gerade...
unerschwinglich...
hohen...
Preisen...
der...
notwendigen...
Verbrauchsmittel...
jedem...
Konsumenten...
so...
klar...
vor...
die...
Augen...
treten, sind...
besonders...
geeignet, das...
gegen...
die...
verhängte...
Walt...
zum...
Fammen...
den...
Proleten...
gegen...
diese...
unerbötige...
Ausbeutung...
und...
gegen...
die...
Hautwirtschaft...
des...
Zuntertums...
(im...
Berein...
und...
mit...
dem...
Pfaffenstum)...
aufzupeitschen.

Daß...
verschiedene...
Stadtverwaltungen...
in...
Eingaben...
an...
das...
Staatsministerium...
die...
Aufhebung...
oder...
zum...
wenigsten...
eine...
starke...
Einschränkung...
der...
Wieshölle...
gefordert...
haben, konnten...
wir...
bereits...
in...
der...
vorigen...
Nummer...
mitteilen. Auch...
die...
M...
a...
i...
n...
g...
e...
r...
F...
a...
n...
d...
e...
l...
s...
t...
a...
m...
m...
e...
r...
hat...
in...
Sachen...
der...
Fleischsteuerung...
eine...
direkte...
Eingabe...
an...
die...
heftige...
Regierung...
eingereicht...
mit...
dem...
Ersuchen, bei...
der...
Reichsregierung...
beraten...
lassen...
zu...
wollen, daß...
angeichts...
der...
Fleischsteuerung...
Vorkehrungen...
getroffen...
werden, die...
eine...
billigere...
Versorgung...
mit...
Fleisch...
ermöglichen. Auch...
dieser, wenn...
auch...
nur...
vorübergehend, Erleichterungen...
getroffen...
werden...
für...
die...
Einfuhr...
von...
Schlachttier...
und...
Fleischwaren...
aus...
dem...
Auslande. Von...
agrarischer...
Seite...
wird...
nun...
bekanntlich...
behauptet, daß...
eine...
unbeschränkte...
Öffnung...
der...
Grenzen...
der...
Wies- und...
Fleischversorgung...
Deutschland...
so...
gut...
wie...
gar...
nichts...
nützen...
würde, da...
überall...
im...
Auslande...
ebenfalls...
großer...
Mangel...
an...
Schlachttier...
herrsche. Diese...
Ansicht...
wird...
durch...
eine...
Ausschreibung...
des...
argentinischen...
Konjuls...
in...
Wien...
unterlegt. Dieser...
hat...
vor...
einigen...
Tagen...
erklärt, daß...
die...
argentinische...
Regierung...
wohl...
in...
der...
Lage...
wäre, wöchentlich...
eine...
Schiffsladung...
von...
1500...
bis...
2000...
Hindern...
bester...
Qualität...
nach...
Trost...
zu...
senden, wie...
sie...
in...
Deutschland...
nicht...
schöner...
zu...
haben...
sein...
können. Wenn...
die...
deutsche...
Regierung...
eine...
solche...
Einfuhr...
gestatten...
würde, so...
würde...

sich...
trotz...
aller...
Fracht- und...
Untersuchungs...
kosten...
dieses...
Wies-, frei...
Hamburg, noch...
immer...
ganz...
erheblich...
billiger...
stellen, als...
jetzt...
im...
Inlande...
Fleisch...
von...
weit...
minderer...
Qualität. Während...
man...
bei...
uns...
noch...
immer...
nichts...
von...
Maßregeln...
zur...
Binderung...
der...
Fleischsteuerung...
hört, die...
sich...
auf...
eine...
wirtschaftlichen...
Katastrophe...
auszuwirken...
droht, scheint...
man...
in...
Oesterreich...
doch...
sehr...
aus...
dem...
Stadium...
der...
platonischen...
Rundgebungen...
und...
Beschlüsse...
herausgenommen...
zu...
sein. Das...
Eisenbahministerium...
hat...
eine...
Verfügung...
berätigt, nach...
der...
von...
allen...
Stationen...
der...
österreichischen...
Staatsbahnen...
zunächst...
nach...
dem...
Wiener...
Zentralviehmarkt...
eine...
fünfzigprozentige...
Ermäßigung...
der...
Frachtpreise...
für...
Schlachttier...
gewährt...
wird. Die...
Ermäßigung...
ist...
für...
drei...
Monate...
in...
Ausficht...
genommen, aber...
unter...
dem...
Vorbehalt, daß...
die...
ermäßigten...
Tarife...
jederzeit...
widerrufen...
werden...
können, wenn...
die...
mit...
der...
Maßnahme...
verbundenen...
tatsächlichen...
Opfer...
nicht...
in...
den...
Fleischpreisen...
zum...
Ausdruck...
kommen. Auch...
die...
Südbahn...
hat...
sich...
bereit...
erklärt, für...
ihre...
österreichischen...
und...
ungarischen...
Linien...
eine...
gleiche...
Ermäßigung...
zu...
gewähren. Der...
Wiener...
Magistral...
hat...
seinerseits...
beschlossen, 50...
pzt. der...
städtischen...
Abgaben...
für...
Wies...
unter...
der...
Bedingung...
zu...
erlassen, daß...
die...
Regierung...
für...
die...
Dauer...
der...
Fleischalamität...
die...
Frachtpreise...
für...
Wies...
um...
50...
pzt. ermäßigt. Diese...
Abwehrmaßregeln, die...
doch...
gewiß...
nicht...
radikal...
zu...
nennen...
sind, haben...
aber...
auch...
bereits...
die...
Karrerien, die...
im...
Reiche...
des...
Doppeladlers...
vom...
gleichen...
Kaliber...
sind...
wie...
die...
unserigen, auf...
die...
Weine...
gebracht. Sie...
wollen...
eben...
die...
ihnen...
günstige...
Konjunktur...
ohne...
alle...
Rücksicht...
auf...
die...
übrige...
Bevölkerung...
ausnutzen...
und...
haben...
den...
Ministerpräsidenten...
eine...
Petition...
überreicht, in...
der...
gegen...
die...
projektierte...
Einfuhr...
fremden...
Wieses...
nach...
Oesterreich...
Protest...
eingelegt...
wird.

Recht...
verwirrende...
innerpolitische...
Zustände...
herrschen...
allen...
Ansehn...
nach...
in...
Portugal, dessen...
Hauptstadt...
Lissabon...
sich...
schon...
im...
Belagerungs...
zustand...
befindet. Seit...
der...
Erordnung...
König...
Carls...
hat...
man...
nie...
solche...
Truppenmassen...
auf...
den...
Straßen...
gesehen, wie...
jetzt. Die...
ganze...
erste...
Division...
steht...
in...
der...
Stadt...
unter...
Waffen, während...
die...
Garnisonen...
der...
umliegenden...
Orts...
verdoppelt...
worden...
sind. Die...
Kriegsschiffe...
im...
Lago...
sollen...
klar...
zum...
Gefecht...
bereit...
haben, die...
Kollisten...
ist...
durch...
die...
Küstenwächter...
und...
Zollbeamten...
berstärkt...
worden. Als...
Ursache...
dafür...
gibt...
die...
Regierung...
an, ein...
gefährliches...
Strompott...
entdeckt...
zu...
haben, verweigert...
aber...
jede...
weitere...
Auskunft.

Die...
Wahlverände...
in...
Staate...
Jodo...
in...
Nordamerika, über...
die...
wir...
bereits...
in...
voriger...
Nummer...
mitteilen, sind...
endlich...
durch...
einen...
heftigen...
Schneefall...
eingedämmt...
worden. Über...
2000...
Personen...
waren...
damit...
beschäftigt, die...
Flammen...
zu...
löschen; allein...
das...
Element...
hatte...
aller...
ihrer...
Bemühungen, so...
daß...
man...
keine...
andere...
Hoffnung...
mehr...
hegen...
konnte, als...
auf...
das...
Einsetzen...
eines...
heftigen...
Regens...
oder, wie...
es...
jetzt...
auch...
geschehen...
ist, eines...
heftigen...
Schneefalls. Ungeheuer...
sind...
denn...
auch...
die...
Opfer...
dieser...
Brandkatastrophe. Hunderte...
von...
Menschenleben...
sind...
vernichtet...
worden, neun...
Dörfer...
sind...
in...
den...
Flammen...
aufgegangen; weite...
Strecken...
Anbades, früher...
von...
einem...
mächtigen...
Waldbestand...
bedeckt, sind...
in...
ein...
weithin...
leuchtendes...
silbernes...
Wolkenmeer...
verwandelt. Jetzt...
nun...
wird...
die...
Frage...
nach...
den...
Ursachen...
dieses...
furchtbaren...
Brandunglücks...
erörtert. Die...
Forstverwaltung...
erklärt, Beweise...
dafür...
zu...
haben, daß...
die...
Waldbände...
von...
Equatters...
böswillig...
angelegt...
seien. Diese...
sind...
von...
Forstbeamten...
aus...
Gebieten, in...
denen...
sie...
sich...
ohne...
Rechtsmittel...
angebietet, verwiesen...
worden...
und...
hätten...
auch...
Nache...
dafür...
die...
Wälder...
angezündet.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Deutschland:

Maurer:

- Anklam (Differenzen). Bad Orb (Streik). Bramsche (Streik). Bublitz (Aussperrung). Buxtehude (Sperrung über Plüschke). Darmstadt (Sperrung über Val Hofmann in Griesheim). Dorfen b. Mühldorf (Differenzen). Hagen (Sperrung über das Kalkwerk Letmathe). Heimbrechts b. Hof (Streik). Laage (Streik). Memel (Sperrung über Paul Behrendt). Nevigis b. Barmen (Sperrung über Husemann). Ochsenzoll (Sperrung über H. Wagners Bauten in Fuhsbüttel). Podeljuch (Sperrung über Rich. Kleinke und Wald. Berg in Podeljuch, Herm. Koch in Finkenwalde, Albert Kökelmann in Klütz und Ang. Saack in Retzowfeld). Westerland a. Sylt (Sperrung über die Arbeiten der Firma Matthiesens).

Isolierer und Steinhölzleger:

- Bremen (Differenzen). Dresden (Sperrung über Grünzweig & Hartmann, Vertreter: Martin Simon).

Oesterreich:

- Serajewo, Goding, Hallein, Klattau, Liebenstein, Schwachat, Strakonitz, Weisswasser.

Arbeitsmarkt.

Über...
die...
Arbeitsnachweise...
der...
Unternehmer...
in...
Bremen, Cuxhaven, Emden, Oldenburg, Vegesack und...
Wilhelmshaven...
haben...
unsere...
dortigen...
Kollegen...
den...
Boykott...
verhängt. Arbeitsgelegenheit: Nach...
Konstanz...
ist...
Zugang...
guter...
Verbandskollegen...
erwünscht.

Gau Danzig.

Der Streit in **Erft** ist beendet. Er wurde absolut notwendig, weil die Unternehmer es nicht absehen, mit uns auf der Grundlage des Dresdener Schiedspruches nach Wegnahme der Ausperrung einen Vertrag abzuschließen. Als sie aber sahen, daß unsere Mitglieder sogar bereit waren, eventuell mehrere Wochen im Streik auszuhalten, gaben sie endlich nach und bewilligten, was der Schiedspruch uns vorher gab. Das sollte für alle jene Unternehmer eine wertvolle Lehre sein, die da glauben, sich an der Ausperrung beteiligen und nachher bei der Bezahlung der Kriegsschuldigung drücken zu können. Unsere Kollegen lassen sich um die Früchte des Kampfes nicht betrügen.

Gau Erfurt.

Im **Betongewerbe** **Erft** kam es ohne Arbeitseinstellung zur Einigung. Nach dem Abschluß der großen Bewegung im Baugewerbe hatten unsere Kollegen Forderungen gestellt und den Abschluß eines Vertrages verlangt, was die Betonfirmen ablehnten. Diese, die teilweise 4-5 weniger als den vertraglichen Lohn zahlten, traten vielmehr dem Arbeitgeberbund bei, der denn auch die Sache der Betonbaugeschäfte zu der seinigen machte. Die Angelegenheit wurde von den Unternehmern wochenlang hingezogen, und erst als unsere Kollegen energischer Töne ansetzten, gaben die Vertreter des Arbeitgeberbundes am 11. August die Erklärung ab, daß die Betonfirmen den für das Baugewerbe bestehenden Vertrag anerkennen wollten, weshalb der Abschluß eines Sondervertrages überflüssig sei. Da sich die Zimmerer damit einverstanden erklärten, gaben sich auch unsere Kollegen damit zufrieden, verlangten aber, daß in einem Zusatz zu § 4 des Vertrages die Löhne der Flechter und Zementierer geregelt und vertraglich festgelegt würden. Dies lehnten die Unternehmer ab, weil diese Arbeiter aus dem Reiben der Unternehmer hervorgegangen und sich erst auf Kosten der Interimisten (1) Kenntnisse aneignen mußten. Unsere Kollegen beizuden aber auf der Festlegung der Löhne und waren bereit, zur Durchsetzung dieser Forderung in den Streik einzutreten. Darauf erklärten sich die Unternehmer in einer Sitzung am 18. August bereit, die Löhne für die Flechter und Zementierer protokolllarisch festlegen zu lassen, um dadurch den Erweiterungen des Vertrages aus dem Wege zu gehen. Der Stundenlohn beträgt nun für Betonarbeiter, die putzen, zementieren und flechten können 53 bis 56 $\frac{1}{2}$, vom 1. April 1911 an 55 bis 58 $\frac{1}{2}$ und vom 1. April 1912 an 57 bis 60 $\frac{1}{2}$. Gefordert waren 56, 58 und 60 $\frac{1}{2}$. Der Lohn für Betonarbeiter, die nur zementieren und flechten können, beträgt 47 bis 52 $\frac{1}{2}$, vom 1. April 1911 an 49 bis 54 $\frac{1}{2}$ und vom 1. April 1912 an 51 bis 56 $\frac{1}{2}$. Für sie waren 53, 55 und 57 $\frac{1}{2}$ gefordert. Wenn das Ergebnis auch nicht überaus glänzend ist, so können unsere Kollegen mit dem Erreichten doch zufrieden sein, zumal die Erfolge ohne Kampf erreicht wurden und die Konjunktur jetzt sehr ungünstig ist.

Gau Frankfurt a. M.

Daß der **Mitteldeutsche Arbeitgeberverband** für das Baugewerbe mit zu den reaktionärsten Unternehmerverbänden zählt, ist nicht unbekannt. Ebenso bekannt ist dessen Vorherrscher **Lücher** als einer der schärfsten Scharfmacher im Baugewerbe. Sein Wirken in der Tarifkommission des **Interimistenbundes** hat zur Ausperrung im Baugewerbe in erster Linie mit beigetragen. Aber diesem „Alten“ aus dem **Maingau** ist bei dem neuen Tarifabschluß ein herbes Mißgeschick passiert. Die Geschichte hat sich über ihn hinweggezogen. Alle seine störrischen Pläne sind mit einem Schlag zu Wasser geworden. Die Entwicklung duldet nicht dauernd diesen Widerstand: unerbittlich drückt sie alle Hindernisse beiseite oder zermalmt das Widerstreben. Anstatt nun aus der Zeitgeschichte zu lernen, die richtigen Schlüsse zu ziehen und seine Ansichten den Tatsachen anzupassen, schimpft und scandalisiert der „Alte“. Zum Begreifen des Entwicklungsgeankens ist er eben zu alt geworden — der einzige mißvernde Umstand für ihn. Dies ist auch der Hauptgrund, weshalb es bis jetzt noch nicht gelungen ist, nach dem Dresdener Schiedspruch einen neuen Vertrag im Gebiet des mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes zustande zu bringen. Das örtliche Schiedsgericht (bisherige zweite Instanz), das einige Schiedsprüche fällte, die nicht nach dem Geizmaß der **Lücher** und Konjontoren waren, nahmen diese als Anlaß zu einem formellen Einspruch. Bei den örtlichen Verhandlungen, die auf Grund des Vertragsmusters erfolgten, war nämlich vereinbart worden, daß in allen Lohnbezirken Montags die Arbeit um 7 Uhr beginnen sollte. Ein besonderer Ausgleichslohn war nicht beantragt worden; das Verlangen lag aber in der Höhe der allgemeinen Lohnforderung für die einzelnen Lohngebiete. Das **Dresdener Schiedsgericht** sagt nun in der Begründung zu dem Punkt „Ausgleichslöhne“, diese müßte gezahlt werden. Demnach haben nur dort, wo einer Arbeitseinstellung durch die örtlichen Instanzen beschloßen worden ist, diese Instanzen auch die Ausgleichslöhne festzusetzen. Natürlich kopiert das der **Mitteldeutsche Arbeitgeberbund** oder zum mindesten dessen Vorstand nicht, oder will es nicht kopieren, weil es sich um etwas Fortschrittliches handelt. Ebenso steht es mit den Ausgleichslöhnen am Sonnabend, die den Herzen ebenfalls wieder gegen den Strich gehen. Man kann auch sagen, daß sie nur **Lücher** wider den Strich gehen; denn die Unternehmer, die im Schiedsgericht mitwirkten, waren mit den Beschloßen einverstanden und haben auch die Schiedsprüche unterzeichnet. Also **Lücher** hat dekretiert und hintertreibt ohne weiteres die Vertragschließung. Die Verschleppung dauert nun mindestens schon fünf bis sechs Wochen und das Ende ist noch gar nicht abzusehen. Nun reißt aber auch eine Disziplinlosigkeit bei den Unternehmern ein, die sich nicht mehr gebunden fühlen. Die alten Verträge mit ihren Schlichtungsinstanzen sind ebenfalls zusammengebrochen. Es herrscht also ein ganz hilfloser Zustand, der zu mancherlei Irrungen und Verzerrungen führen kann. Unsere Organisationsleitungen sind allerorts entschloßen, die **Dresdener Schiedsprüche** sowie die Schiedsprüche der örtlichen Instanzen zur Anerkennung zu bringen und haben Maßnahmen zur Durchführung getroffen. In der letzten Woche ist es schon zu zwei ernsthaften Konflikten mit größeren Arbeitseinstellungen gekommen, und zwar in **Hausheim** bei der Firma **Mertens-Maing** und in **Frankfurt** bei der Firma

Wattenberg. Der **Mainzer Konflikt** war bald zugunsten der Organisation erledigt, der **Frankfurter** dagegen dauert noch an. Seit der **Mitteldeutsche Arbeitgeberbund** seine Taktik fort, dann werden bald weitere Konflikte folgen und die Organisation in **Mitteldeutschland** geht sehr ernstlichen Kämpfen entgegen. Wir werden dabei den Boden des Rechtes nicht verlassen, uns aber auch nicht von **Lücher** und dessen Verschleppungstaktik auf der Nase herumtanzen lassen. Die Kollegen sind fest entschloßen, jede Unternehmerfrechheit entschieden zurückzuweisen.

In **Oberstein** **Bar** fällt es den Unternehmern recht schwer, die Durchführung des Tarifvertrages zu erzwingen. Sind es doch teilweise die vertragschließenden Unternehmer selbst, die den Vertrag unerschrocken anerkennen, aber in der Praxis das Gegenteil tun. Unter anderem ist es dem Unternehmer **Jäger-Bar** nicht im Traum eingefallen, den Vertragslohn zu zahlen. Er ist ein alter Bekannter, der nur zählt und das Vereinderte hält, wenn man ihm mit der Pistole auf den Kopf rückt. Die Pistole fürchtet er aber auch nur dann, wenn sie geladen ist. Das heißt, Jäger erkennt nur dann Tarifverträge an, wenn eine starke Organisation ihn durch ihre Schlagfertigkeit dazu zwingt. Diese Jäger'sche Taktik hing bei der Zeit Jahren herzherrlichen Organisationschwäche allmächtig an, bei allen Unternehmern **Prags** zu werden. In die korrekte Durchführung des alten Vertrages dachte fast kein Unternehmer mehr. Der Lohn war allmählich 2, 3, ja bis 5 $\frac{1}{2}$ unter den Tariflohn gesunken. Unter diesen Umständen wurde schon die Vertragschließung schwer. Und als diese schließlich am 4. August erfolgte, mußten die Parteien noch eine besondere Verpflichtung eingehen, innerhalb vier Wochen alles daran zu setzen, um den Vertrag bei allen Unternehmern und Baufirmen zur Anerkennung zu bringen. Nach dieser Zeit traten die Parteien zu einer neuen Beratung zusammen. Vielleicht haben dabei manche Unternehmer noch gehofft, die Arbeiterorganisationen würden ihr Ziel nicht erreichen. Der Unternehmer **Jäger** dachte bestimmt so, als er seine Klassenlöhne weiter zahlte. Der Tariflohn beträgt 51 $\frac{1}{2}$. J. zahlt aber folgende Löhne: 8 Gefellen 51 $\frac{1}{2}$, 19 50 $\frac{1}{2}$, 15 49 $\frac{1}{2}$, 4 48 $\frac{1}{2}$, 7 47 $\frac{1}{2}$, 4 46 $\frac{1}{2}$, 1 45 $\frac{1}{2}$, 4 44 $\frac{1}{2}$ und 1 41 $\frac{1}{2}$. Man muß darüber staunen, in welcher dreifacher Weise Jäger Tarifvereinbarungen umgeht. Aber auch die Gesamtfeststellung der Löhne in **Oberstein-Bar** läßt viele Wünsche unerfüllt. Da steht es wie folgt aus: 1 Gefelle erhält 53 $\frac{1}{2}$, 44 51 $\frac{1}{2}$, 47 50 $\frac{1}{2}$, 16 49 $\frac{1}{2}$, 4 48 $\frac{1}{2}$, 7 47 $\frac{1}{2}$, 4 46 $\frac{1}{2}$, 4 45 $\frac{1}{2}$, 7 44 $\frac{1}{2}$ und 1 41 $\frac{1}{2}$. Die Lohnzahlung für die Bauhilfsarbeiter entspricht annähernd den Vereinbarungen. Dieses Mal haben aber die Unternehmer ihre Rechnung ohne unsere Kollegen aufgestellt. Das Maß war zum Überlaufen voll. In Kollegentreifen verzichte plötzlich geredete Empörung. In drei Wochen waren 120 Kollegen (**Maurer** und **Bauhilfsarbeiter**) dem Verband beigetreten und alle waren fest entschloßen, um die Durchführung des Tarifs zu kämpfen, wenn ihn die Unternehmer nicht anerkennen und durchführen wollten. Am 25. August wurde mit den einzelnen Bauunternehmern Rücksprache genommen. Bei **Jäger** wurde schon um 8 Uhr morgens temperamentvoll gekämpft. J., der angeblickt bereit sein sollte, aber später plötzlich aus seiner Wohnung im Bureau erschien, wurde durch seinen Geschäftsführer vertreten. Als er durch das Material unserer Kollegen in die Enge getrieben war, meinte er: „Die **Maurer** sind **Faulenger**, hohen Lohn wollen alle haben, aber sie verdienen ihn nicht.“ Als sich die Kollegen diesen Wortwitz nicht gefallen lassen wollten, sollten sie hinausgeschickt werden; in diesem Augenblick erschien plötzlich **Jäger** selbst auf der Bildfläche. Er erklärte sich bereit, den Tariflohn zu zahlen und auch vom 1. August ab nachzugeben. Bei den übrigen Unternehmern ging es etwas ruhiger zu, aber zu einer vollkommenen Einigung kam es mit diesen nicht. Am Nachmittag war dann eine Versammlung, in der fast alle in **Oberstein-Bar** in Arbeit stehenden Kollegen anwesend waren. Kollege **Hüttmann** berichtete von den Verhandlungen. Beschloßen wurde, die Betriebe der Unternehmer, die bis **Montag**, 29. August, den Tarif nicht anerkennen haben, zu sperren. Ueber den **Kostenbau**, der von **Wiesel-Düren** ausgeführt wird, wurde sofort die Sperre verhängt. Trotzdem der Herr wiederholt gearmt worden ist, läßt er täglich zwölf Stunden arbeiten. Dabei ist eine solche Ausbeute bei ihm üblich, wie man es nur selten gesehen hat. Bei etwa anderthalb Tausend Arbeitern sieht er selbst sowie sein Sohn und ein weiterer junger Mann den ganzen Tag an der Baustelle und treibt an; auch der **Polier** fehlt nicht. Wo mögen da die **Faulenger** sitzen?

Aus **Cassel** schreibt man uns: Der Streit in **Immenhausen** endete mit einem vollen Erfolg der Kollegen. Es kam zum Abschluß eines Tarifvertrages, in dem der Lohn sofort um 3 $\frac{1}{2}$ erhöht wurde, so daß statt 47 $\frac{1}{2}$ 50 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gezahlt werden müssen. Vom 1. April 1911 ab sollen weitere 2 $\frac{1}{2}$ Erhöhung eintreten, so daß dann 52 $\frac{1}{2}$ zu zahlen sind. Der Vertrag hat Gültigkeit bis 31. März 1912 und verlängert sich stillschweigend, wenn er nicht am 1. Januar vorher von einem der Vertragskontenabenteiler gekündigt wird. Die Kollegen können mit diesem Erfolg zufrieden sein; hoffentlich ziehen sie nun auch die nötigen Lehren, indem sie sich samt und sonderb organisieren; denn nur durch die Organisation sind Erfolge und Vorteile zu erringen.

Gau Hamburg.

Bereits im Herbst 1909 versuchten unsere Kollegen von **Brunsbüttel** für die **Zahltelle** **Delacé** einen Tarif zustande zu bringen. Die Verhandlungen im Februar dieses Jahres erklärten die Unternehmer, da sie nun dem Arbeitgeberbunde beigetreten wären, hätten sie kein Recht, einen Tarif abzuschließen. Wenn die zentralen Verhandlungen respektive die allgemeine Bewegung für dieses Jahr beendet sei, wollten auch sie der Frage wieder nähertraten. Sie vertraden aber, sich an der Ausperrung nicht zu beteiligen. Letzteres haben sie auch gehalten. Als nun aber nach Beendigung der Ausperrung die Unternehmer nichts von sich hören ließen, erinnerten sie unsere Kollegen am 22. Juli an ihr Versprechen und luden sie zugleich zu neuen Verhandlungen ein. Wer

aber keine Antwort gab und auch zu den Verhandlungen nicht erschien, waren die Unternehmer. Obgleich die Zeit in diesem Jahre für Lohnbewegungen ziemlich weit vorgeschritten ist, sagten sich unsere Kollegen: Wenn die Unternehmer glauben, unsere gerechten und beschiedenen Wünsche dadurch umgehen zu können, daß sie sie einfach in Stillschweigen hüllen und auch nicht an der Verhandlung teilnehmen, so muß ihnen sühbar gemacht werden, daß sich hier eine Organisation befindet, und zwar eine gute. Unsere Kollegen hatten nun alle Vorbereitungen getroffen, um die bereits im Frühjahr halb und halb ausgehandelte Lohnerhöhung von 5 $\frac{1}{2}$ durch einen Kampf zu erzwingen. Am 29. August sollte der Tarif losgehen. Noch in letzter Stunde wachten nun auch unsere biederen Handwerksmeister auf und einigten sich mit unsern Kollegen dahin, daß der Lohn sofort um 3 $\frac{1}{2}$ und am 1. April 1911 wiederum um 2 $\frac{1}{2}$ erhöht wird. Außerdem wurde der in **Brunsbüttel** bestehende Arbeitsvertrag auch für die **Zahltelle** anerkannt. Der Tarif läuft bis zum Jahre 1913. Damit ist auch hier wieder der Beweis erbracht, daß nur einzig und allein die Organisation und die Einigkeit der Kollegen imstande ist, die wirtschaftliche Lage der Berufsstände zu verbessern.

Aus **Reudburg** teilt man uns mit, daß die Unternehmer von **Dubenstedt**, **Bezirk Reudburg**, die vertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht einhalten. Die dortigen Kollegen wünschen nun, daß die fremden Kollegen Duenstedt bis zur Erledigung der bestehenden Differenzen meiden.

Gau Stettin.

Der Bauunternehmer **Wittger-Altdamm** führt in **Kinentalde**, das zum Lohngebiet **Rogez** gehört, einen Neubau auf, an dem bis vor einigen Tagen nur sehr wenige beschäftigt waren. Als am 26. August zwei Gesellen nach dort geschickt wurden, die den **Rogez**er Lohn verlangten, wurden sie entlassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es auch noch andere Kollegen so ergeht. Für reisende Kollegen ist also **Wittger** gegenüber die größte Vorsicht geboten.

Gau Stuttgart.

Die Bewegung der Betonarbeiter in **Stuttgart** ist zugunsten der Arbeiter erledigt worden. Am 24. und 25. August fanden Verhandlungen mit dem neugegründeten **Betonbau-Arbeiterverband** für **Deutschland**, **Gruppe Württemberg** und **Baden** statt, an der auch der Geschäftsführer dieses Verbandes, **Dr. Kubas-Beipzig**, teilnahm. Geschäftsmitteln war die Frage der Bezahlung der **Leberlunden**. Die **Interimistenvertreter** versuchten mit allen Mitteln, die erste Arbeitsstunde aufschlagfrei zu erhalten. Die Arbeitervertreter aber betrachteten mit Recht ein derartiges Zugeständnis als eine Kränze auf die Verlangung der Arbeitszeit und betonten ganz entschieden, daß die Arbeiter den größten Wert darauf legen, einmal Ordnung in die **Gewerbetätigkeit** hineinzubringen. Es wurde denn auch durchgesetzt, daß alle **Leberlunden**, die über die festgesetzte Arbeitszeit hinausgehen, auch im Winter, mit 10 $\frac{1}{2}$ Aufschlag bezahlt werden müssen. Die Löhne für **Zementierer** und **Stimmerer** betragen 60 bis 62 $\frac{1}{2}$ für **Stimmerer**, **Eisenarbeiter** 50 bis 52 $\frac{1}{2}$ und für **Bauhilfsarbeiter** 44 bis 46 $\frac{1}{2}$. Der Lohn steigt 1911 um 2 $\frac{1}{2}$ und 1912 um weitere 2 $\frac{1}{2}$ bei den **Bauhilfsarbeitern** im letzten Jahre um 3 $\frac{1}{2}$. Die Lohnperiode beträgt eine Woche. Damit ist zum erstmaligen **Stuttgarter Baugewerbe** die vierzehntägige Lohnzahlungsperiode durchbrochen. Die tägliche **Korridorgebühren** sollen aufhören. Im allgemeinen lehnt sich der **Vertrag** an das Vertragsmuster im Baugewerbe an. Die erstmalige **Bereitschaft** der Unternehmer im **Baugewerbe** zum Vertragsabschluß ist nur auf den glücklichen Ausgang der großen **Frühjahrsbewegung** im Baugewerbe zurückzuführen.

Neue Kampfmittel.

Die in Nr. 25, 32 und 34 des „Grundstein“ gegebenen Anregungen zur Schaffung neuer Kampfmittel sind sicher beachtliche Fingerzeige für die Zukunft. Daß nicht weitreichendere und etwas maghaltigere Pläne entworfen wurden, zeigt uns, daß, sobald es zum Handeln gehen soll, gar nichts von **Kampfmitteln** im sozialdemokratischen Arbeiter steht. Wäre es vielleicht ein Opfer, wenn wir eine **Wart** pro Jahr opfern würden, damit wir uns eventuell bei der nächsten Ausperrung **Baumaterialien** sichern könnten? In den öffentlichen deutschen Sparkassen lagen 1907 **12 797 152 000**, also rund zwölf Milliarden achthundert Millionen **Mark**, auf 17 730 795 **Sparkassenbüchern**, und außerdem auf nicht öffentlichen noch über eine **Milliarde Mark** auf anderthalb Millionen **Büchern**. Auf jedes **Sparkassenbuch** kommen rund **1 650 Einlagekapitalien** legen ihr Geld nicht bei den Sparkassen an. Es sind also meistens **Gelder** von **Arbeitern**, **Keinen** **Beamten** und **Bauern**. **Angehäufte Sparkassen** und **Spielfests** der Arbeiter sind darunter. Es dürfte nicht zu hoch gegriffen sein, wenn wir annehmen, daß der **hundertste Teil** dieser **Gelder** sozialdemokratischen **Arbeitern**, **Gewerkschaftlern** und **deren Angehörigen** gehört. Das wären **1 800 000 000**. Dieses **Geld** wird mit 3 bis 3 $\frac{1}{2}$ **pzt.** verzinst, und die **Unternehmer**, die das **Geld** aus den **Sparkassen** entziehen, bekämpfen uns mit diesem **Kapital**. Können nun dieses **Geld** nicht im **Interesse** der **Arbeiter** verwendet werden? **Quundertausende** von **Mietern** schimpfen über **schlechte** und **teure** **Wohnungen**. Bei all diesem **Schimpfen** werden die **Wohnungen** immer **teurer** und **teurer** und **teurer** wird noch **100 Jahre** darüber **schimpfen**, kommen wir keinen Schritt weiter. Sobald aber ein **Konsumverein** seinen **Einsatz** in einer **Stadt** fängt, sinken die **Preise** für **Kolonialwaren**. In ihrer **Wut** sären die **Krämer** nach **Staatshilfe**; der **Staat** soll diese **Bereine** **erproben**. Als wir in **Dresden** das **Bolschajew** gründeten, haben alle **Herbergen** gründlich **renoviert**, um nicht ihre **Kunden** zu verlieren. So wird es auch **anderwärts** **geschehen** sein. **Konsumvereine** und **Bolschajew** haben viel **Gutes** **gestiftet**. Wenn man mit **letzteren** in **finanzieller** **Hinsicht** oft **böse** **Erfahrungen** gemacht hat, so lag das daran, weil diese oft ohne einen **Rechnung** **Vermögen** **gegründet** worden sind. Hier in **Dresden** zum **Beispiel** hat man den **Gewerkschaften**, die dem **Bolschajew** **Geld** **liehen**, die **ersten** **fünf** **Jahre** $\frac{1}{2}$ **pzt.** **Zinsen** **mehr** **bezahlt** als die **Gewerkschaften** **sonst** **erhalten** **konnten**.

Wenn dann nebenbei auch die Mieten, Speisen und Getränke noch billiger sind und auf der anderen Seite die Löhne am höchsten, dann kommt man selbstverständlich auf den Hund.

Wenn ich in meinen weiteren Ausführungen die Gründung von Baugenossenschaften und Baugesellschaften durch die Bauarbeiter vorschlage, so können diese nicht als Ausbeutungsbetriebe, sondern nur als Kampfmittel betrachtet werden; denn wollten die Maurer bei der Baugesellschaft höheren Lohn für weniger Arbeit, die Geld-anleiher oder die Genossenschaftler aber höhere Zinsen für ihr Geld haben und schließlich noch die Mieter bessere Wohnungen für billigeres Geld erhalten, dann würden diese Genossenschaften nicht lange bestehen können. Wir leben im kapitalistischen Staat und müssen daher mit kapitalistischen Mitteln kämpfen. Ein Beispiel: In dem Bezirk eines Gaus gibt es 100 000 gewerkschaftliche Arbeiter. 50 000 von diesen geben je 100 als Anteil an dem Bauverein, der sich zur Aufgabe stellt, Arbeiterwohnungen zu bauen. Das wären 5 000 000 Stammkapital, mit dem man schon einige Baustellen kaufen und Wohnungen bauen könnte. Auf diese fünf Millionen bekommt man ohne weiteres weitere fünf Millionen als Hypothekengebörge. Da man die Baustellen nicht in den Zentren der Städte kaufen kann, sondern in den Außenbezirken, könnte man mit dieser Summe rund 300 Grundstücke zu je 33 000 Wert bebauen, die rund 2000 Wohnungen enthielten (Stube, Kammer und Küche als Wohnung gedacht). In diesem Bezirk kämen circa 8000 bis 10 000 Verbandsmitglieder vom Maurerverband in Betracht. Unter diesen find doch jeder 5000 Mitglieder, die im Durchschnitt je 100 zu einer Baugesellschaft aufbringen können, und Zimmerer- und Bauhilfsarbeiter könnten auch noch eine solche hohe Zahl zusammenbringen. Da wäre eine Baugesellschaft mit einem Stammkapital von 1 000 000 zusammen. Ein Baugesellschaft nun, das mit solchem Kapital auf Bestellung des Bauvereins Wohnungen baut, ist ein Großbetrieb, der es mit jedem andern Bau-gesellschaft aufnehmen kann. Nun denke man sich das Zusammenarbeiten zweier solcher Arbeitergenossenschaften in einem Bezirk bei einer Wohnbewegung der Bauarbeiter. Nehmen wir an, beide Genossenschaften hätten sich in den Betrieb bereits 1913 bei den Vertragsverhandlungen ein-gearbeitet, so daß um den 1. April 1913 100 Bauten ein-gearbeitet werden könnten. 1000 Maurer, 500 Zimmerleute und 500 Bauhilfsarbeiter könnten außer denen auf den Bauten nichtausführender Unternehmer beschäftigt werden. Da nur 10 000 Maurer, 5000 Zimmerleute und 8000 Bauhilfsarbeiter überhaupt in Frage kämen, würde die Bau-tätigkeit demnach befristet werden, daß es auf diese Weise leichter wäre, mehr als sonst von den Unternehmern auf Ausperrung, denn wäre die Baugesellschaft in der Lage, sich Material in Gütle und Gütle zu sichern und auch Material für andere Unternehmer bereit zu halten. Käme es nicht zum Kampf, dann könnte das Material von der Baugesellschaft selbst verarbeitet werden. Später gründen dann die Fabrikarbeiter noch Ziegeleien und Zementfabriken, Tischler Tischlereien usw. Das andere kann sich der Leser hingedenken.

Daß das Geld, das zur Gründung solcher Genossen-schaften notwendig ist, vorhanden ist, behaupte ich. Was Privatunternehmer fertigbringen, müßte eine Arbeiter-genossenschaft mit obigen Mitteln erst recht ausführen können. Auch die notwendigen Kräfte, die solche Genossen-schaften leiten können, bilden sich heraus, wie sie sich als Gewerkschaftsführer, Konsumgenossenschaftsführer usw. heranzubilden haben. Durch die Gewerkschaftsbewegung lernen die Arbeiter auch fähige Kollegen in ihren Reihen kennen. Der Boden zur Ausführung solcher Pläne ist also ein ganz anderer als noch vor zehn Jahren. Nur wird man mit den Fingern auf der Erde bleiben müssen, wie sich Kollege Bismarck öfter auszubringen beliebt. Es ist un-möglich, daß ein solcher Plan im Jahre 1913 bereits aus-gesührt werden kann. Langsam, aber zäherlich müßten erst die Gelder zusammengebracht werden. Unsere Kollegen müßten zu der Ueberzeugung gebracht werden, daß ihr Geld bei Arbeitergenossenschaften ebenso sicher aufgehoben ist, wie bei den heutigen kapitalistischen Unternehmungen und den Sparkassen. Mit der Gründung oben geschilderter Genossenschaften kann schon jetzt oder zu jeder Zeit be-gonnen werden. Die Kollegen und Genossen, die ihre Gelder diesen Genossenschaften anvertrauen wollen, er-halten vorläufig den Zinsfuß der Sparkassen, also 3 und 3½ pZt. Diese Gelder werden von der Genossenschaft in Staats- oder Kommunalpapieren angelegt, wodurch zurzeit mindestens 3½ pZt. zu erzielen sind, vielleicht sogar 4 pZt. Die Verwaltung der Gelder braucht also keine Verluste zu verursachen. Im Anlegen der Gelder haben unsere Kassierer in den Großstädten schon einigemmaßen Kennt-nisse, sie könnten also den Leitungen der Bauvereine und Baugesellschaften mit Rat zur Seite stehen. Zum Auf-bringen der Fonds könnte man auch Sparmarken ver-wenden, wie dies bei Sparkassen und Konsumvereinen bereits üblich ist; daneben könnte die Einkassierung größerer Beiträge von den besser bemittelten Kollegen aus-gesucht werden. Auch beim Kauf der Baustellen und beim Bauen selbst würden sich bald Erfahrungen sammeln lassen, und auch hier sind von den Konsumvereinstellungen und be-zuglichen Körperlichkeiten Ratschläge zu erhalten. Ich glaube daher, daß auch mein Plan keine Utopie ist, wenigstens dann nicht mehr, wenn man den Willen hat, neue Kampf-mittel zu schaffen, das heißt, wenn die Masse der Kollegen Vertrauen zu solcher Art Kampfmittel bekommt. Damit nicht Fehlschlüsse zu ziehen sind, muß man zuverlässige Kassierer haben und die Sache darf nicht überstürzt werden, sondern muß langsam und mit großer Vorsicht durchgeführt werden. Aug. Friedrich.

Zu der Anregung des Kollegen Albert Paul, durch Er-gebung von Extrabeiträgen Mittel aufzubringen, um bei kommenden Lohnkämpfen die Bauunternehmer Material beschaffen zu können, die sich außerhalb des Kampfes stellen, und so der Materialpreise der Unternehmern-organisationen entgegenwirken zu können, haben sich bisher nur zwei Kollegen be-fürwortend geäußert. Zwecklos hat der Gedanke auch etwas Bestehendes an sich. Bei

zeiflicher Erwägung wird man jedoch finden, daß die Möglichkeit der allgemeinen Durchführung dieses Planes mehr als fraglich ist. Aus der Tatsache, daß es bei den Lohnkämpfen der letzten Jahre in einzelnen grö-ßeren Orten unsere Zweigvereine möglich war, dieses Kampfmittel mit mehr oder weniger Erfolg anwenden zu können, kann man dies nicht ohne weiteres schließen. Die Solidarität des Kapitals wird dafür sorgen, daß derartige Kampfmittel auf eine geringe Anzahl Orte und einen Bruchteil der Unternehmer beschränkt bleiben. Unbefriedigt soll bleiben, daß in dem bisherigen Umfange auch bei kom-menden Kämpfen-Erfolge zu erzielen sind, und wenn man dann schließlich den Versuch machen will, die Ausführung au-ßerordentlicher Geldmittel zentral zu regeln, so kann man dem noch zustimmen, denn Geld wird immer eine unserer Hauptoffen im Kampfe mit dem Kapital sein müssen. Diese Zentralstelle für Schaffung des Kriegsgeldes könnte aber nur die Leitung der Gesamt-organisation sein. Der Zentralleitung muß dann auch das Recht vorbehalten bleiben, über die Verwendung der Mittel zu bestimmen.

Ganz entschieden muß ich mich gegen den Vorschlag des Kollegen S. Färber-München wenden, durch Gründung einer Genossenschaft Mittel aufzubringen und mit diesen Mitteln ein handliches Materiallager zu er-richten. Die beste Begründung für die Ablehnung meines Vorschlages hat Kollege Färber selbst gegeben. Er teilt uns mit, daß es ihm als Materialvermittler im letzten Kampfe nach dessen Beendigung nicht möglich war, die noch vorhandenen Materialien abzusetzen. Das wird auch in Zukunft so sein. Die Produktion und der Warenaustausch in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sind aufgebaut auf der Kreditwirtschaft. Dieser Kreditwirtschaft können sich auf die Dauer auch die Bauunternehmer nicht-entziehen; sie sind auf Kreditgeben und -nehmen an-gewiesen, können also da u. a. nicht gegen bar kaufen, wie sie es müssen, wenn sie von einer von uns zu errichten- den Materialverkaufsstelle die Waren entnehmen. Wir müßten also Kredit geben, um in Friedenszeiten Kund-schaft zu erhalten, und das könnten wir nicht. Aber selbst wenn wir es könnten, wäre es noch sehr fraglich, ob die Bauunternehmer die genossenschaftlichen Geschäfte berück-sichtigen würden. Vergessen wir doch nicht, daß der Zweck dieser Geschäfte ist, ein Kampfmittel gegen dieselben Bauunternehmer zu sein, auf die wir als Kundchaft an-gewiesen sind. Welcher Widerspruch tritt da zutage! Je mehr sich das Großkapital des Bauwesens bemächtigt, je mehr sich die ökonomischen und politischen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit aufzuheben, je mehr das kapitali-stische Klassenempfinden die Unternehmer im Bauwerke erfährt, desto mehr wird die Existenzmöglichkeit solcher Ein-richtungen schwinden. Und dieser Klassen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wird in Zukunft immer schärfer in die Erscheinung treten und immer schwerere Kämpfe auch auf wirtschaftlichem Gebiete im Gefolge haben. — Um die Durchführbarkeit meines Vorschlages zu beweisen, beruft sich Kollege Färber auf die bereits bestehenden Baugenossen-schaften, deren Leitung zum Teil bereits in den Händen der Arbeiter sei. Abgesehen davon, daß die Zahl derer-tigen Genossenschaften viel zu klein ist, um damit rechnen zu können, sind diese Genossenschaften auch gar nicht in der Lage, ein solches zum Zwecke des Kampfes gegen das Kapital errichtete Unternehmen unterstützen zu können. Die größte Zahl dieser Baugesellschaften kann ihren Zweck nur dadurch erreichen, daß sie Kapitalien aus öffentlichen Kas-sen — Invalidenversicherung, Sparkassen und derglei-chen — erhalten. Mit dem Augenblick, wo diese Ge-nossenschaften aus dem Rahmen sozialer Wohnungs-fürsorge herausstreifen und im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit durch Unterstützung der Kampfeinrichtungen der Arbeiter, durch Entnahme von Material aus deren Verkaufsstellen, Partei ergreifen, werden ihnen die Kapitalien entzogen werden. An der Solidarität des Kapitals und den Mach-tmitteln des kapitalistischen Klassenkaates wird die Durch-führung des Planes scheitern. Bleiben wir deshalb auf dem Boden des Möglichen, streben wir nach dem Erreich-baren, und wenn dann die Erfolge auch nur gering sind, so sind es doch immerhin Erfolge. Der Versuch zur Durch-führung des Färberschen Vorschlages könnte Erscheinungen im Gefolge haben, die der Organisation nicht angenehm sein könnten. Lassen wir deshalb die Hände davon! S. Wendler, Bern.

Ein richtiger Fecht.

In einem hamburgischen Blatte fand kürzlich folgende Anzeige: Suche für meinen Bruder, gel. Maurer, groß und kräftig, 37 J. alt, der sich seit einiger Zeit mit Fußheben beschäftigt, Stellung als Kausier oder ähnliches, wo er ganz im Hause bei familiärer Stell. sein kann. Auf hohen Lohn wird nicht geleh. Derf. ist durchaus ehrlich und möchte v. sein. Handb. abgeben, da er durch Familien-berhältnisse sich derzeit dem Krant ergeb. hatte, u. im M a u r e r g e r e b e die B e r f ü h r u n g z u g r o ß i s t. Wenn man sich diesen Kerl nach den Angaben in dieser Anzeige konstatirt, so kann man ihm kaum ernstlich böse sein, denn doch ist er ein zu verächtlicher Burfche. Durch Familienberhältnisse ist er zum Sumpfsüßin geworden und nun beschimpft er ein ganzes Gewerbe, in dem — und das gilt gerade von Hamburg — die verbummelten Alkoholisten ein Gegenstand allgemeiner Verachtung sind.

Marode und Mardeure.

Das ist eine einfache Wahrheit, daß der Klassen-kampf leichter zu predigen als zu führen und der Realis-mus leichter zu fernem als zu üben ist. Die Ausperrung war für viele eine harte Feuerprobe, sie war geeignet, die Sprudeln dem Weizen zu säubern und den Klassenkampfgeist auf seine Echtheit zu prüfen. Mancher, der im ge-wöhnlichen Laufe des Organisationslebens als „Radikaler“ auftrat und vielen imponierte, ist bei der praktischen Probe glatt abgefallen, und andere, die still und unbemerkert ihren Weg schritten, haben sich in Treuen bewährt. Ein Bericht, der in seiner Art für viele Fälle zutreffen mag, geht uns aus S u n d e r u g u, der zudem auch zeigt, daß es selbst in diesem Falle nicht an Leuten gefehlt hat, die sogar in

dieser schweren Zeit noch ihre Sonderprivilegien haben woll-ten. In dem Bericht heißt es: Eine sehr gut besuchte Mit-gliederversammlung am 17. August beschäftigte sich ein-gehend mit den Kollegen, die während der Ausperrung ihren Arbeitsbeitrag nicht entrichtet haben. Die vorige Versammlung hatte diesen bis zum 15. August Frist ge-geben, um die Schuld zu bezahlen. Nicht bezahlt und auch zur Versammlung nicht erschienen waren die Kollegen A. Kütgens und A. Köpcke. Kütgens, der während der Aus-perrung in Adenau gearbeitet und pro Stunde 60 z verdien-t hat, weigert sich, den festgesetzten Arbeitsbeitrag von 60 z pro Tag zu zahlen, der nach seiner Ansicht zu hoch sei, obwohl die Kollegen am Orte bei 55 z Stundenlohn gleich-falls 60 z zahlen mußten. In derselben Sache ist auch noch das frühere Mitglied Johs. Niedmann beteiligt, nur mit dem Unterschied, daß der seinen Beitrag bezahlt und dann aus Mut darüber, weil ihm nach seiner Meinung Unrecht geschehen, seinen Austritt aus dem Verbands er-klärt. Der Kollege A. Köpcke hat während der ganzen Ausperrung wohl nicht eine Stunde gefeiert. Seine Frau betreibt noch dazu einen Milchhandel und er ist angeblich nicht in der Lage, seinen Arbeitsbeitrag entrichten zu können. Alle Bemühungen, die rückständigen Beiträge von ihm einzubekommen, waren erfolglos. Oder denkt Köpcke, mit der organisierten Arbeiterschaft nichts mehr zu tun haben zu wollen? Ob er sich bei seinem Milchhandel besser stellt, wenn er nicht organisiert ist? Sein eigenes Schlag-wort, welches früher viel, von ihm benutzt worden ist: „Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns“, ist ihm zur Verhängnis geworden. Die Versammlung beschloß, beide Kollegen auszuschließen. Ferner hatte die Versammlung darüber zu befinden, ob die Austrittserklärung der beiden Kollegen Johannes Gerhardt und S. Dittsch auf solche an-zunehmen sei. Der Kollege Dittsch, der nebenbei Haus-schlichter und Inhaber eines Kolonialwarengeschäfts ist, hat unterlassen, bevor er Austritt, seinen Arbeitsbeitrag voll zu zahlen. Es ist daher wohl anzunehmen, daß sich seine Kundtschaft lediglich aus Unorganisierten zusammensetzt, da es doch nur dann Sinn hat, aus der Organisation auszuschließen, wenn man mit der organisierten Arbeit-erschaft nichts zu tun haben will. Der Kollege S. Gerhardt arbeitete während der Ausperrung in Eshendorf; nach seiner Angabe für 18 und Kost pro Woche. Siernack sollte S. die Familienunterstützung von 8 pro Woche zubekommen. Im Laufe der Ausperrung stellte sich heraus, daß S. nicht nur 18, sondern ja 26 verdient hatte. Auch hatte S. sich noch geweigert, den ihm auferlegten Arbeits-beitrag zu zahlen. Die Streikleitung verweigerte ihm die Familienunterstützung. Darauf erklärte S. dann seinen Austritt aus dem Verbands. Wenn er etwa glaubte, auf Kosten des Verbandes während der Ausperrung noch ein Geschäft zu machen, so hat er sich gründlich verrechnet. Im Vorjahre hatte die Mitgliederzahl diesen Aufschlagen noch zum Kassierer gewählt. Es zeigt eben; daß man bei Ver-gewbung von Vertrauensposten nicht vorichtig genug sein kann. Beschlossen wird, beide als ausgeschlossen zu be-trachten.

Wie in Rineburg, wird es noch an manchem Orte faule Kunden geben, die unempfindlich sind für die Leiden der Arbeiter-Solidarität. Leider sind sie sogar in Stellungen anzutreffen, die ganz entscheidend zu einer freudigeren Ver-tätigung der Solidarität verpflichtet. sollten, als wir sie verschiedentlich beobachten konnten. Wie beschämend muß es z. B. sein, daß selbst Verbandskollegen, die in der Ar-beiterbewegung beamtet sind, Zeter und Mordio schreien, als man von ihnen die Zahlung der vom Verbandstage be-schlossenen Leistungen verlangt! Genossenschaft stellen sich die gleichen Personen aber wieder hin und reden von Klassenkampf und Disziplin — sobald es nämlich nichts kostet und Beifall einbringt.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überbringen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbendeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung aus-zuzahlen ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 22. bis 27. August für folgende Mitglieder erteilt:

- Mag. Ebert-München, Verb. Nr. 263 042; Carl Höber-Scheuditz, 98 598; R. Lufsch-Bremen, 14 864; C. Neumann-Rostock, 97 441; Wilhelm Wöhm-Rostock, 69 559; B. Red-Colmar i. G. (Frau), 149 849; Carl Büßler-Schlitz (Frau); 60 690; J. G. Franz-Frankfurt a. M. (Frau), 22 484; E. H. Steiger-Fißha, 229 612; Carl Tsch-Freienwalde, 69 485; Fr. Koch-Draunschweig, 12 616; G. Müller-München, 263 057; Th. Ganz-Görlitz, 220 225; August Lange-Barmen, 410 267; B. Fröhlich-Goragst, 78 186; Aug. Winter-Bitterfeld, 367 967; D. Vid-Mannheim, 111 817; Aug. Schöner-Mauen, 189 992; Aug. Dapper-Silben, 309 229; J. K. Nupp-Frankfurt a. M. (Frau), 401 629; G. Wlasek-Bitterfeld (Frau), 320 281; J. Schnapphauß-Berlin (Frau), 267 111; Gr. Schäfer-Nord-hausen (Frau), 91 581.

Geldleistungen für die Hausflasse sind nur an den Kassierer J. Küster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt an-zugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

Im der Zeit vom 23. bis 29. August 1910 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Augsburg 8, 800, Arnstadt 400, Aue 250, Aßfeld 16,80, Aachen 105,86, Baruth 6,50, Bremerhaven 96,20, Bernau 500, Brandis 200, Bielefeld 1400, Bromberg 800, Wood 156,60, Bergedorf 225, Chemnitz 1500, Gomburg 200, Gorfing 350, Curgaben 300, Coswig 200, Calbe a. b. S. 577,89, Dorimund 1600, Delmenhorst 256,95, Giesleben 100, Gießhübel 84, Erfurt 400, Fürstberg 25,98, Flensburg 400, Frankfurt a. b. D. 600,

Gabebusch 200, Grundhinnen 700, Gelfenfröhen 800, Graubenz 700, Güben 200, Gurnitz 13,65, Gummell 199,30, Hamn 230, Hamburg 4000, Harburg 900, Höhenstein-Ernstthal 200, Königs-Wulsthausen 500, Krenburg 18,30, Kattowitz 600, Leutmannsdorf 49,49, Eßben 17,42, Langenbielau 104,55, Landesbunt 380, Leibsch 900, Langenjauga 100, Mühlhausen i. Gf. 600, Mülheim-Oberhausen 678,75, Meerane 200, Marckranstädt 300, Norden 26,40, Osterburg 327,79, Osterode a. Harz 175,50, Ortrand 6,80, Prager 18,50, Regau 400, Preeß 193, Berleberg 200, Pöhl 2,40, Quädlinburg 300, Nohlau 19,40, Roßbach 400, Reinfeld 300, Ronneburg 150, Rausch 167,58, Reinsch 122,85, Schneeburg 400, Schneeburg 200, Saalfeld 300, Schmalfeld 100, Schwalbe i. Spreewald 99,80, Saarnund 16,90, Siegen 200, Schwan 200, Stavenhagen 200, Schönberg i. Medlg. 187,50, Striegau 11,70, Stadldeubert 117,44, Strecken 31,75, Triebitz 100, Tauscha 300, Wieß 12,50, Wernigerode 7,95, Wilsdorf 300, Weissenfels 250, Werba 400, Wittenburg i. S. 100, Zorge 200, Zwenkau 150, Zörbig 100.

b) Für Inserate.

Arnstadt M. 5, Rue 2, Calbe a. d. S. 10, Chemnitz 10, Cuzhaden 2, Weissenfels 2,50.

c) Für Protokolle.

Cuzhaden M. 6, Güben 12,50, Meerane 10, Osterburg 4, Schneeburg 4, Wolgast 6,40.

d) Für Anzeigen im „Grundstein“.

Güben M. 3,80, Nafel 1,80, Quädlinburg — 45, Weissenfels — 45.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen F. Wanspamer-Windchen (Verb.-Nr. 240 490), Michael Wid-München (425 184), Ludwig Heilberger-Windchen (425 410), Abau Wein-Essen (289 286), Wilh. Fischer-Grünberg i. B. (231 831), Reinhold Künzel-Falkenstein (126 303), Aug. Probst-Sannover (13 842), W. Schneider-Gastel (130 704), D. Siefenoth-Hilbronn (14 446), A. Nickel-Wronberg (56 545), Hermann Wank-Sainrode (113 648), G. Fischer-Werrach (144 487), Jof. Lehmann-Chemnitz A. (148 223), Et. Snyfalla-Raitowitz (184 690), M. Schmidt-Hamburg (205 180), Chr. Schlecht-Stuttgart (300 558), G. Wapler-Düffeldorf (208 180), Otto Krause-Erfurt (405 388), außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen J. Bridgins-Berlin (021 611), G. Wiedemann-Strasbourg i. G. (040 680), P. Engel-Saarbrücken (047 666), Ernst Kieß-Warzin (069 604), Th. Dweck-Zülfeldorf (04 628), G. Fuchs-Düffeldorf (010 737), Karl Kaiser-Grünberg i. B. (071 816), Paul Lange-Düffeldorf (056 353), Jg. Hübner-Falkenstein (033 141), D. Schmellemberg-Hagen (070 107), Chr. Hermann-Hilbronn (09 540), W. Thierolf-Prankfurt a. M. (045 218), Joh. Beschleba-Zwickau (020 175), W. Schmidt-Berlin (054 308), Ch. Osterlag-Mugsburg (074 775), W. Solar-Chemnitz (078 149).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37a des Statuts vom Zweigverein Pirna: Paul Fiedler (Verb.-Nr. 038 619); Neufatz; Ernst Bod (90 714); Zwickau: Georg Fleischer (478 831).

N.B. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rüchsfähiger Weiräge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Pirna: Lage Andersen (Verbands-Nr. 43 340), Gustav Krüger (026 676), Louis Fricke (33 294), Hermann Grabow (195 008), Karl Bernitz (105 794), Albert Willmann (204 815), F. Weiphal (204 368).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Jolierer und Steinholzleger.

Achtung, Jolierer! Wir ersuchen alle Kollegen, wegen Tarifdifferenzen den Bezug nach Hannover fernzuhalten. Die Geller Kollegen werden gebeten, bei seiner Firma ohne Benützung unseres Lokalarbeitsnachweises in Arbeit zu treten. Alle außerhalb arbeitenden Kollegen fordern wir auf, uns ihre Adressen anzugeben und ihre Bücher einzufenden. Alle schriftlichen Anfragen sind an den Vorsitzenden H. Brünner, Angerstr. 9, i. Gt., zu richten.

Der Vorstand der Zählstelle Hannover.

Zentralfrankenkasse.

(„Grundstein zur Einheit“.)

In der Woche vom 21. bis 27. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 3000, Hamburg 500, Gotha 500, Spandau 400, Neuruppin 300, Wilmersdorf 300, Pantow 300, Reinickendorf 300, Seyda (Bez. Halle) 200, Mahlsdorf (Osbahn) 200, Groß-Bietrowitz 200, Sieglitz 200, Döppau i. d. Pfalz 200, Straßberg 150, Luckenwalde 150, Stannheim 130, Thelma 100, Summa M. 7030.

Zuschüsse erhielten: Wieternich a. d. Mosel M. 450, Waldborf 200, Leipzig 200, Wainsee 150, Friedenau 100, Cuzhagen 100, Gumbachshausen 100. Summa M. 1800.

Mitteilungen, 27. August 1910.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Anz. Am 23. August ereignete sich an dem Neubau Bellner & Söhne, der von der Firma Gebr. Wils ausgeführt wird, ein schwerer Unglücksfall. Eine zum Umlegen ausgegrabene Pfählsange, die beim Umlegen beschäftigten Arbeiter frei stehen gelassen hatten, fiel um und traf einen Kettträger so unglücklich, daß er, ohne die Befinnung wiedererlangt zu haben, nach kurzer Zeit verschied. Auf demselben Bau führte ein mit dem Einpuhen

des Fensters beschäftigter Lehrling von einem Bodgerüst ab, glücklicherweise ohne sich dabei zu verletzen.

Angsburg. Am 20. August führte der Maurer Lorenz Götz von einem 6 Fuß hohen Gerüst und erlitt neben Verletzungen am Kopf einen Schläfenblutdruck.

Breslau. Am 21. August fiel bei der Firma Meißel ein Stoß Ziegel, die zu nahe und übergehend an die Vorstände der Baugrube gestellt waren, in die Baugrube mitten unter die arbeitenden Maurer. Der Maurer Hermann Septe erlitt eine schwere, tödlich durch schnelles Verbluten. Er wurde aber doch noch so unglücklich getroffen, daß er kräftig darniederlag. — Am Bau des Zimmermeisters Böhm auf der Herderstraße führte am 27. August der Maurer Berthold Scheibel infolge Fehlens eines Hangerüstes aus dem zweiten Stockwerk ab. Glücklicherweise vermochte er sich im ersten Stockwerk etwas festzuhalten, so daß der Sturz auf den Erdboden dadurch etwas gemildert wurde. Der Verletzte erlitt eine Rückenmarkverletzung.

Wien. Der bei dem Baumfall am 13. August verunglückte Kollege Hermann Steiger aus Gansdorf ist am 16. August seinen schweren Verletzungen erlegen. Eine Besichtigung der Unfallstelle seitens der zuständigen Stelle ist wohl vorgekommen worden, doch ist uns bis jetzt das Resultat dieser Untersuchung, d. h. die befürchtete Feststellung der Unfallursache, nicht bekannt geworden. Wird die Ursache wieder, wie oft schon, „unaufgeklärt“ bleiben? Ohne Ursache gibt es kein Geschehnis in der Welt. Der Pastorenausspruch: „Es war bestimmt in Gottes Rat“ ist sehr billig und nichtig. Die Allgemeinheit, vor allem die gesamte Bauarbeiterschaft, darf wohl verlangen, über die wirkliche Ursache des Unfalls, dem ein noch gesundes und kräftiges Menschenleben zum Opfer fiel, unterrichtet zu werden. Am Grabe des Verunglückten trauern außer mehreren erwachsenen Kindern eine fränke Gattin und ein noch unetzogener Sohn, denen die Worte des Seelforgers vielleicht Trost nie aber Brot bringen können.

Eingegangene Schriften.

„Die Neue Zeit“, sozialdemokratische Wochenschrift, Heft 48 des 28. Jahrgangs. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis 25 A.

„Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Nr. 24 des 20. Jahrgangs mit den Beilagen: „Für unsere Mütter und Hausfrauen“ und „Für unsere Kinder“. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis 10 A.

„Der Wahre Jacob“, sozialdemokratisches Wchblat. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Der Preis der dem Sozialistenkongress gewidmeten Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

Oberschlesien. Wenn der Mietzins vierteljährlich bezahlt wird und nichts anderes vereinbart ist, ist die Kündigung nur für den Schluss eines Kalendervierteljahres zulässig. Sie muß spätestens am dritten Werktag des Vierteljahres erfolgen. Ob das im vorliegenden Fall geschehen ist, geht aus Deinem Schreiben nicht hervor. Ein außerordentliches Kündigungsrecht wegen Trunkenheit und andern schlechten Eigenschaften des Mieters steht dem Vermieter nicht zu, sondern er muß auch in diesem Falle den gesetzlichen Kündigungsstermin einhalten. Ausnahmen sind nur bei vertragswidrigem Gebrauch der gemieteten Sachen, Nichtzahlen des Mietzinses usw. zulässig. Der Mieter kann bei gemieteter Wohnung nicht vor Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist verlassen, widrigenfalls er dem Vermieter für den entstehenden Schaden haftet. Für Forderungen aus dem Mietverhältnis hat der Vermieter das Pfandrecht (Zurückbehaltungsrecht) in ungefährer Höhe seiner Forderungen an alle der Pfändung unterworfenen Sachen des Mieters. Ob die Verfestigung der zurückgehaltenen Sachen im vorliegenden Falle statthaft ist, können wir nicht sagen, da wir nicht wissen, ob die Kündigung ordnungsmäßig erfolgte. Die Klusbefferung der sachhaft gemieteten Wohnung ist Sache des Vermieters, kann also vom Mieter nicht verlangt werden.

Anzeigen.

Frankfurt a. d. O.

Sonntag, den 10. September, abends 8 Uhr, feiert unser Zweigverein im „Eibotador“, Büschmühlweg 34, sein

Neunzehntes Stiftungsfest.

Alle Kollegen von Frankfurt und Umgegend sind dazu freundschaftlich eingeladen. [M. 2,70] Das Festkomitee.

Hilden.

Unser Zweigverein feiert Sonntag, den 11. September, im Lokale des Herrn Docker sein

* Stiftungsfest *

Die Kollegen der benachbarten Zweigvereine sind hierzu freundschaftlich eingeladen. Der Eintritt kostet pro Person 20 A, Damen haben freien Eintritt. [M. 3,60] Der Vorstand.

Werdau i. S.

Sonntag, den 11. September, nachm. 3 Uhr, feiert unser Zweigverein im Etablissement „Vergötter“ sein

Sommerfest

bestehend in Konzert, Preisschießen und Kinderbelustigungen. Alle Kollegen von Werdau und Umgegend sind hierzu freundschaftlich eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Hinscheiden Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 10 A.)

Arnswalde. Am 31. Juli starb unser Kollege Richard Prange im 31. Lebensjahre an einer Geschwulst unter den rechtliehen Rippen.

Barmen-Elberfeld. Am 22. August starb plötzlich unser Kollege August Lange aus Elberfeld an Gehirnverhärtung durch Sturz von einer Treppe.

Berlin. Am 22. August starb unser langjähriges Mitglied Karl Treldank im Alter von 51 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Bitterfeld. Am 16. August starb der Kollege August Winter aus Niemegk im Alter von 60 Jahren an Schwindel.

Culmbach. Am 27. August starb unser Kollege Franz Kryszkowski im Alter von 23 Jahren an Schwindel.

Wittenberg. Am 16. August starb unser treues Mitglied Hermann Steiger aus Gansdorf im Alter von 59 Jahren an den Folgen eines Baumfalles.

Gorlitz. Am 21. August starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kollege Wilhelm Fröhlich im Alter von 63 Jahren an Nierenleiden.

Magdeburg. Am 29. August starb plötzlich unser Ehrenmitglied, der Kollege Heinrich Wischeropp im Alter von 68 Jahren.

Marienwerder. Infolge eines Unglücksfalles starb hier unser treues Mitglied Wilhelm Jahnke im Alter von 37 Jahren.

Neudamm. Am 24. August starb unser langjähriges Mitglied Karl Hübner aus Färkenfeld (Neumark) im Alter von 81 Jahren an einer chronischen Herzmittelstengehörung.

Regnitz. Am 24. August starb unser Kollege Wilhelm Graupmann im Alter von 36 Jahren an Typhus.

Senftenberg i. d. Niederlausitz. Am 27. August starb das Mitglied, der frühere Korporante und Mitbegründer unseres Zweigvereins, Karl Zeuner, im Alter von 40 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Strasbourg i. Gf. Am 18. August starb durch Absturz von einem Gängegerüst der Kollege Karl Masswig aus Reubof im Alter von 56 Jahren.

Stuttgart. Am 23. August starb unser Kollege Friedr. Scharpf aus Erbsingen im Alter von 81 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorkasse, K Kassierer, L Verrechnungslokal, H Gebirge, Bz Bezirksleiterführung wird ausgeführt.)

Seibe. K Johann Strauß, Müldorfstr. 19.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntabend, den 3. September.

Elmshorn. Abends 8 Uhr bei Hofmeister.

Sonntag, den 4. September.

Beelitz i. d. Mark. Nachm. 4 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Weumann.

Beitzig. Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal bei Feig Thiele.

Buxtehude. Nachm. 3 Uhr bei Singl. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Granssee. Nachm. 3 Uhr im Französischen Lokal. Wichtige Tagesordnung.

Rastenburg. Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. L.-D.: Abrechnung Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Ribnitz. Nachm. 3 Uhr im Gasthof Potenberg. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Wittgen. Nachm. 4 Uhr im „Deutschen Hause“ (Fr. Corfen). Sehr wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Zehdenick. Nachm. 3 Uhr bei Buchhoff. Wichtige Tagesordnung.

Montag, den 5. September.

Hamburg. Gemeintener und Kunstfärber. Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 6. September.

Berlin. (Punktscheinversteigerung) Abends 8 1/2 Uhr bei Goldmann, Angerstr. 12.

Döbeln. Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Madenkerraffe“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Helde. Im Vereinslokal.

Spandau. Bei Hopfe. Referent anwesend.

Waldheim. Abends 6 Uhr im „Schweizerhof“.

Sonntag, den 11. September.

Bamberg. Norm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Werder a. d. Havel. Nachm. 3 1/2 Uhr im Roschigen Lokal.

Jolierer und Steinholzleger.

Mittwoch, den 7. Dezember.

Berlin. (Steinholzleger.) Abends 8 1/2 Uhr bei Gahn, Altonenstr. 75. L.-D.: Besichtigung vom neunten Verbandstag. Beschiebendes.

Zentralfrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 18. September.

Berlin. Norm. 10 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im Saal 7 des Gewerkschaftshauses. L.-D.: Vortrag. Maß der Hilfskassierer. Beschiebendes.